

Vaterland vor eine Lage von größtem Ernst gestellt, da jedem Gedanken einer anderen Regierungsbildung schwerste Bedenken entgegenstehen. Ich habe es deshalb aufrichtig begrüßt, daß die von Ihnen, meine Herren, geführten vier Parteien sich grundsätzlich bereit erklärt haben, eine Koalition der Mitte einzugehen.

Herr Reichskanzler Dr. Luther hat sich fortlaufend darüber unterrichtet, welche großen Schwierigkeiten durch die einzelnen Parteien bisher haben überwunden werden müssen, um einer praktischen Lösung näher zu kommen. Es ist ihm leider nicht gelungen, diese Schwierigkeiten ganz auszuräumen. Auf der anderen Seite erträgt aber die Lage des Landes eine längere Verzögerung nicht mehr. Was nach einem völligen Scheitern der Versuche dieser letzten Woche, eine parlamentarische Regierung der Mitte zustande zu bringen, folgen würde, ist nicht zu übersehen.

Unter diesen Umständen habe ich mich für verpflichtet gehalten, den Herrn Reichskanzler Dr. Luther zu bitten, nunmehr auf Grund seiner bisherigen Bemühungen den Parteien einen Plan zur endgültigen Beschlußfassung über die Besetzung der Ministerien vorzulegen.

Ich bin von vornherein überzeugt, daß der Herr Reichskanzler dabei nicht alle an sich berechtigten Wünsche der Parteien erfüllen kann, bin mir aber klar, daß es einen anderen Weg, baldigt aus der Krise herauszukommen, nicht gibt. In Ausübung meiner verfassungsmäßigen Verantwortung muß ich es begrüßen, daß der Herr Reichskanzler Sie nunmehr ersuchen will.

Ihm noch heute abend Ihre endgültige Stellungnahme zu seinen Vorschlägen mitzuteilen.

Ich bitte die hier vertretenen Parteien, ihre festlichen Bedenken hinter die großen vaterländischen Gesichtspunkte zurückzustellen und jedes Opfer zu bringen, damit endlich das betrübende Schauspiel der unausgesetzten Regierungskrisis befristet und die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit, die jetzt mehr denn je erforderlich ist, wieder geschaffen wird.

Im Anschluß hieran dankte der Herr Reichspräsident dem Abg. Koch nochmals persönlich für seine wertvolle und selbstlose Mitarbeit bei den bisherigen Versuchen zur Schaffung einer Regierung. Hierauf begaben sich die Vertreter der vier Parteien in die Reichskanzlei, um den Vorschlag des Herrn Reichskanzlers zur endgültigen Beschlußfassung über die Besetzung der Ministerien entgegenzunehmen.

Der Beschluß der Demokraten.

In der Sitzung der Fraktion der Demokratischen Partei, in der die Liste des Reichskanzlers für das Kabinett zur Entscheidung vorgelegt wurde, wiederholte der Fraktionsvorsitzende Koch seine Bitte, ohne Rücksicht auf seine Person die Entscheidung nach rein sachlichen Gesichtspunkten zu treffen. Er erklärte, daß er bei der durch fremdes Versprechen auf die Fraktion und ihren Führer zugespitzten Lage nicht einem zu bildenden Kabinett anzugehören wünsche, und empfahl keinen Widerspruch gegen die vorgeschlagene Liste zu erheben.

Nach langer Debatte wurde folgende Entscheidung gefaßt:

„Die Fraktion hält die von ihr geltend gemachten schweren Bedenken gegen die Art der Kabinettsbildung aufrecht. Sie erblickt insbesondere in der Berücksichtigung des gegen alle parlamentarischen Gepflogenheiten erhobenen, aus parlamentarischen Gründen hervorgegangenen Einspruchs der bayerischen Volkspartei gegen die Ernennung ihres Fraktionsvorsitzenden zum Innenminister eine schwere Belastung der Reichspolitik. Sie hätte erwartet, daß der mit der Kabinettsbildung Beauftragte und die beteiligten Parteien diesen Einspruch nachdrücklich zurückgewiesen hätten. Nachdem aber der Fraktionsvorsitzende erklärt hat, dem neuen Kabinett nicht angehören zu wollen, und keinesfalls den Eintritt in die Koalition empfohlen hat und nachdem durch die Berufung des Herrn Dr. Kütz an seiner Stelle die Teilnahme eines Fraktionsmitgliedes gesichert ist, so den politischen Standpunkt des Fraktionsvorsitzenden im vollen Umfange teilt, stimmt die Fraktion der Bildung des vorgesehene Kabinetts zu, damit im Interesse des

Staates, der Wirtschaft und der Volkswirtschaft ein parlamentarisches Kabinett sofort zustande kommen kann.

Die Demokratische Partei hat den Parteiauspruch auf Sonntag, den 24. Januar, nach Berlin einberufen. Der Parteivorstand ist auf Sonnabend, 2. Uhr nachmittags, zusammenberufen worden.

Die vergessenen Berliner Arbeitslosen. Keine Zuschüsse für Notstandsarbeiten.

Nach der letzten Zählung gibt es in Berlin 189 000 Arbeitslose. Damit ist gesagt, daß in Berlin die Not besonders dringend ist. Auf dem flachen Lande leidet der Arbeitslose in der Regel weniger als in der Großstadt, wo der Arbeiter weder Kartoffelfeld hat, noch Kleinvieh halten kann. Man sollte also annehmen, daß für die Arbeitslosen Berlins mehr geschieht, als auf Grund ihrer ungeheuren Zahl geschehen müßte, zumal ja auch die Lebenshaltungskosten in Berlin über dem Reichsdurchschnitt liegen.

Von diesen Erwägungen hat sich zweifellos auch der Reichspräsident leiten lassen, als er, wie wir hören, in einem Brief an den Reichsarbeitsminister diesen auf die besondere Notlage in Berlin hinwies, und ersuchte, bei der Gewährung von Zuschüssen für Berliner Notstandsarbeiter dieser Notlage in weltherriger Weise Rechnung zu tragen.

Im preussischen Wohlfahrtsministerium und im Oberpräsidium für Berlin-Brandenburg scheint man anderer Auffassung zu sein. Aus den Mitteln des Reichs und der Länder ist zur beschleunigten Ausführung von Notstandsarbeiten ein Fonds von 200 Millionen bereitgestellt. Entsprechend der Zahl der Arbeitslosen und der besonderen, bereits angeführten Umstände, müßte Berlin aus diesem Fonds ein Betrag von mindestens 20 Millionen überwiesen werden. Tatsächlich ist die Verteilung so vorgenommen worden, daß für Berlin, wenn wir recht unterrichtet sind, der Betrag von fünf Millionen bereit gestellt wurde!

Wir erlauben uns, zu fragen, nach welchem Schlüssel diese seltsame Verteilung vorgenommen wurde. Wir betrachten eine derartige Verteilung als eine Herausforderung der Reichshauptstadt und eine Verhöhnung der Not der Berliner Arbeitslosen.

Damit aber nicht genug, hat der Oberpräsident, wie wir erfahren, an die Deutsche Dedandkultur-Gesellschaft von diesen fünf Millionen 2 1/2 Millionen überwiesen, so daß für Berlin mit seinen gegenwärtig wohl bereits 200 000 Arbeitslosen die aufreizend lächerliche Summe von 2 1/2 Millionen verbleibt, die das Reich und Preußen beisteuern, um Notstandsarbeiten zu fördern. Davon sind bis heute insgesamt eine Million bewilligt worden.

Wohl muß die Deutsche Dedandkultur-Gesellschaft, die bei Rathenow und im haveländischen Luck Rekonstruktionsarbeiten vornimmt, mindestens 51 Proz. Berliner Arbeitslose beschäftigen, soweit sie aus den für Berlin bestimmten Zuschüssen Gelder erhält, aber abgesehen davon, daß die Löhne äußerst niedrig sind, müssen die Berliner Arbeitslosen in diesem Fall ihr Heim verlassen und in Baracken hausen, so daß in Wirklichkeit nur Ledige verwendet werden können, während gerade die Beschaffung von Arbeit für Familienväter am dringendsten ist.

Wir beschränken uns für heute mit der Aufzählung dieser Tatsachen, deren Korrektur wir erwarten. Wir wollen für heute auch nicht auf die bürokratische Behandlung von Anträgen durch den Oberpräsidenten eingehen. Wenn man weiß, daß der Antrag des Reichstrats auf „Einrichtung von Notausläufen infolge der Zuhaltung des Luisenstädtischen Kanals“ zurückergeben wurde, damit er die Bezeichnung erhalte: Errichtung von Notausläufen im Bereiche des Luisenstädtischen Kanals, dann genügt das wohl als Probe für den Geist verstaubten Bureaukratismus, mit dem im Oberpräsidium solche Fragen behandelt werden.

Wir richten an das Reichsarbeitsministerium und das preussische Wohlfahrtsministerium hiermit die öffentliche Anfrage, was sie tun werden, um den gefennzelichneten Skandal sofort eine Ende zu machen. Oder ist man der Meinung, daß Berlin mit 200 000 Arbeitslosen keine Zuschüsse braucht?

Bayerische Staatspersönlichkeit. Der Kurs des Dr. Held.

Auf die Liquidierung der bayerischen Ordnungszelle, in der nach den Worten des gegenwärtigen Ministerpräsidenten Dr. Held kein Mensch seines Lebens sicher war, ist jetzt die Periode der verlustreichen Wiederaufrichtung einer bayerischen Staatspersönlichkeit gefolgt. Es ist das ebenfalls ein Lieblingswort des Dr. Held, er gebraucht es täglich so oft wie die Tiroler Kerkelweiber das Vaterunser, und alle weißblauen Reaktionen setzen all ihre Hoffnung auf diesen zum Nutzen von Thron und Altar erfundenen Begriff. Dr. Held selbst fühlt sich als Ministerpräsident und bayerischer Außenminister auf lange Sicht als der Repräsentant der bayerischen Staatspersönlichkeit, und darum läßt er ihm völlig untergeordnete Finanzminister sich diese Sache auch etwas kosten.

Während bei der Behandlung des Sozialrats für die vordringlichsten sozialen Aufgaben, bei denen es sich um Erhaltung von Gesundheit und Arbeitskraft von Volksgenossen handelt, nicht eine einzige Mark mehr bewilligt wurde als in früheren Jahren, wurde dem Inhaber der bayerischen Staatspersönlichkeit für Repräsentation und so weiter über 22 000 Mark mehr zugestanden, als er 1923 bezogen hat. Insgesamt stellt Bayern seinem leitenden Staatsmann rund 73 000 Mark pro 1926 zur Verfügung, darunter über 29 000 Mark reines Gehalt! „Seine“ Staatspersönlichkeit gedenkt der Herr Dr. Held vor allem aber auch durch den Ausbau der bestehenden bayerischen Gesandtschaften zu festigen.

Da er unter der Not weitester Volkstreife und angesichts des 40-Millionen-Defizits im bayerischen Staatshaushalt nicht den Mut fand, offen neue Gelder für diesen Zweck anzufordern, beschränkte er sich darauf, unter dem verschleiernnden Titel „Dienstauswandsentschädigung“ wenigstens 10 000 Mark für einen neuen Vatikane ausgerechnet bei der bayerischen Gesandtschaft am Vatikan in den Etat einzuschmuggeln. Die bürgerlichen Parteien schludten selbstverständlich auch diese überflüssige Mehrforderung.

Weniger Besatzungstruppen! Unfreundliches Echo aus Paris.

Paris, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche Botschafter hatte am Dienstag eine längere Aussprache mit Ministerpräsident Briand über die Herabsetzung der Besatzungstruppenstärke. Briand machte vor allem den formalen Einwand geltend, daß diese Frage der Zuständigkeit der Botschafterkonferenz unterliege. Wie wir erfahren, findet zwischen den alliierten Regierungen bereits ein Meinungsaustausch statt, so daß sich die Botschafterkonferenz wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen mit dem deutschen Begehren befassen dürfte.

Bedauerlich ist, daß man in der hiesigen Öffentlichkeit bisher wenig Verständnis für die kapitale Bedeutung dieser Frage an den Tag gelegt hat. Die Linkspresse hat die berechtigten deutschen Beschwerden totgeschwiegen, während die nationalpolitischen Organe, an ihrer Spitze sogar der „Tempo“, sie zum Ausgangspunkt ebenso heftiger wie unangebrachter Polemiken gegen die angebliche Anmaßlichkeit der deutschen Forderungen nehmen. Es fehlt hier leider vor allem an Verständnis für die psychologische Seite des Problems, die darin liegt, daß für einen großen Teil der Bevölkerung des Rheinlandes statt der nach Locarno erwarteten Erleichterung die Lasten der militärischen Besatzung drückender geworden sind als zuvor; was nicht dazu beitragen kann, die Politik der Entspannung und deutsch-französischen Annäherung in Deutschland populär zu machen.

Das Angenehme und das Nützliche.

Von Hans Bauer.

Der Weg zu den Idealen ist gemeinhin mit Leiden und Schmerzen, mit Ungemach und Entbehrungen gepflastert. Das gilt nicht weniger von den Idealen, denen der einzelne zustrebt, als von denen, die eine Gesamtheit erreichen will. Die großen Religionsstifter haben Verzicht auf irdische Genüsse als Vorbedingung himmlischer Freuden gepredigt, die Philosophen haben die Beherrschung der Leidenschaften als Vorstufe innerer Harmonie gelehrt, und nicht zuletzt wissen es die Sozialisten, daß ihre großen Ziele nur durch Opfer und Kämpfe errungen werden können.

Ein einziges Ideal gibt es, zu dem der Weg nicht durch Entbehrungen führt, das nicht erlitten zu werden braucht: Es ist das des Patriotismus, wie die Patentpatronen ihn auffassen. Schon wir in Deutschland sind nicht arm an Beispielen für die Vorteile, mit denen der Einsatz der Person für die nationale Sache häufig verknüpft zu sein pflegt. Während des Krieges waren es die angehenden Heeresausführer, die sich mit der Nützlichkeit, die ihre Ausübung für den Staat bedeutete, zur höheren Einheit des patriotischen Verhaltens verbanden. Auch die einzigartige Geste, die die Ruhrindustriellen sich während der französischen Sanktionen leisteten, war heroisch und einträglich zugleich.

Am klarsten aber zeigt die ungarische Hälsscheraffäre, daß der Weg zu dem patriotischen Ideal nicht über Griesgrämigkeit und Lebensunlust zu führen braucht. Hier haben ein Duzend Leute in allen Wunden der Welt geschweigt, haben Sekt getrunken, Austern gegessen und ein Heer von Kokotten in Atem gehalten, und dies alles ist nicht Selbstmord gewesen, sondern nur Mittel des patriotischen Herzens, nur Mittel, um die Rache an dem Feind jenseits der Grenzen zu fühlen. Je mehr verschwendet wurde, umso ärmer wurde er. Mit jedem verpufften Tausendfrankenschein schrieb man sich fester in das Buch der nationalen Helden ein. Während des Weltkrieges kämpften in verlassenen Schützengräben ungarische Landser im Feuerchein der Kanonen mit ihrem Blut gegen die Landesfeinde. Das waren zum großen Teil Leute, die froh sein müßten, daß sie der Ehre teilhaftig wurden, für ihr Land kämpfen zu dürfen. Die Windischgrätz und Radossy wiederum kämpften mit den Brillanten, die sie ihren Mätressen schenkten und mit den Champagnergläsern, die sie in der Betrunktheit zerbrachen, gegen den Erbfeind. Dafür sind sie die großen Vaterlandsfreunde und an der Hand der Genealogie läßt sich der traditionelle Patriotismus ihrer Geschlechter bis weit zurück in die Geschichte Ungarns verfolgen. Die Kermessen übertrafen sich aus Hingabe an ihr Land, besoffen sich mit Sekt für König Otto und seinen Reichsverweser und begatteten sich aus Protest gegen Trianon.

O ja, der wohlverstandene Patriotismus ist eine feine Sache. Er ist das garantiert einzige Ideal, das den großen anderen Mensch-

heitssehnsüchten an innerer Qualität absolut ebenbürtig ist, aber dabei doch nicht die Unannehmlichkeiten der Konturrenzideale aufweist. Er ist ein Ideal ohne Berufshörigkeit, und jene Blüte der Nationen pflegt ihm zuzuschwören, die derjenigen wesensoberwandt ist, die ein ungarischer Tausendfrankenschein darstellt.

„Bild-Juni“, eine neue Einrichtung für Rundfunkteilnehmer. Für die Rundfunkteilnehmer wird voraussichtlich eine bemerkenswerte Bereicherung des Programms möglich sein, da durch neue technische Verfahren von Professor Dr. Diekmann ein Apparat gebaut worden ist, der es ermöglicht, einfache Bilder, wie Strichzeichnungen, auf billigem Wege an die Rundfunkteilnehmer zu übermitteln. Damit ist insofern eine schöne Bereicherung des Rundfunkprogramms zu erzielen, als es möglich ist, sowohl die Künstler, die bei Opernübertragungen auftreten, vorher den Rundfunkteilnehmern im Bilde zu zeigen, als auch wichtige Vorkommnisse aktueller Natur nicht nur als Nachricht bekanntzugeben, sondern auch zugleich das Ereignis selbst im Bilde vorzuführen. Ferner ist es z. B. für die Landwirte von Bedeutung, daß auf diese Weise auch eine drahtlose Übermittlung von Wetterarten möglich wird. Dieser „Bild-Juni“ ist darum gerade für die Landwirte von Bedeutung, als im allgemeinen bei schnell sich verändernder Wetterlage die Wetterarten nicht mehr zutreffen und darum den Landwirten nicht den nötigen Vorteil gewähren. Dieses neue „Bild-Juni-Gerät“ ist derartig gebaut, daß es an jeden Rundfunkempfänger mühelos angeschlossen werden kann. Prof. Diekmann ist erst jetzt zu einer Veröffentlichung geschritten, nachdem ein brauchbares für Massenverwendung leicht herstellbares „Bild-Juni-Gerät“ fertiggestellt worden ist. Die Übertragung derartiger, aus Strichzeichnungen bestehender Bilder ist auch insofern leicht durch den Rundfunk auszuführen, als jedes Bild nur ganz wenige Minuten dauert.

Ein Urania-Vortrag über Ägypten. Ägypten war vor einigen Jahren so modern, daß es nun schon beinahe wieder unmodern werden könnte. Damals aber schien sich jeder Mensch eingehend mit Ägyptologie beschäftigt zu haben, so bekannt und selbstverständlich sprach er von den Tempelbauten bei Edfu und Karnak, von Königen, die vor drei und noch mehr Jahrtausenden gelebt hatten, und gar der arme Tut-anch-Amon, über dessen richtigen Namen die Gelehrten sich ja heute noch nicht einig sind, wurde von allen behandelt, als wäre er so eine Art Wetter von ihnen und schließe nicht schon seit einer ganzen Weltgeschichte in seinem Pyramidengrab. Und als man sich all hinreichend dafür interessiert hatte und die ägyptische Mode bei denen, die sie bezahlen konnten, wirklich eine ganze Saison gedauert hatte, legten sie einen dicken Strich unter das alles. Und da machten auch die anderen Schluss; man mußte nun wirklich und wahrhaftig genug von dem kleinen „Tut“ und der ganzen ägyptischen Kultur.

Wenn also Hubert Schonger in der Berliner Urania einen Vortrag ganz allgemein über Ägypten hielt, so konnte er uns neues darüber beim besten Willen nicht sagen. Aber ergab einen guten Ueberblick über eine Reise durch das Nildelta bis Assuan, und Erinnerungen an eine Zeitlang sehr viel Gelesenes und Gehörtes wurden wach. Der sehr geschickte Film führte nachträglich alles im Bilde vor — ihn mit Erläuterungen begleiten konnte Schonger nicht,

da unbedingt zu einem Begräbniszug durch Kairo Harmoniumklänge ertönen mußten und die künstliche Klüberdrehung durch Staudämme, die das Land so fruchtbar macht, ohne Klavierbegleitung undenkbar gewesen wäre. Die ganze Primitivität der heutigen Bewohner Ägyptens, die zum großen Teil noch so leben wie ihre Vorfahren vor Jahrtausenden, dagegen die hochstehenden Leistungen aus Ägyptens Glanzzeit; prächtige Wüstensbilder, überludene Dattelpalme — in alles schwahte Musik herein. Warum nur? Les.

„Abels vom Tempo.“ Walter Victor hat im Verlag Seiffert u. Co. in Zwickau unter diesem Titel ein schmales, schön ausgestattetes Stützenbüchlein erscheinen lassen, das vielen eine große Freude machen wird. Das Thema der Stützen ist die große Welt mit ihrem Lärm und den grünen Inseln ihrer Einsamkeit. Die heilig zupackende Art Vectors sieht man sehr gut aus der feinen Skizze: „Mit Goethe im Judithhaus“, die zuerst im „Vorwärts“ herauskam, vor allem aber aus der Titelnovelle „Abels vom Tempo“, in der Victor mit glücklicher Hand über das Zufällige hinaus die Seele des modernen Menschen freilegt. M. B.

Das „Jüngste Gericht“ ohne Leiden. Eine künstlerische Kommission hat auf Anweisung des Papstes die in den Kirchen und Museen des Vatikan befindlichen Meisterwerke einer eingehenden Untersuchung unterzogen und in ihrem Bericht die Notwendigkeit betont, verschiedene Gemälde, vor allem Michelangelos „Jüngstes Gericht“ zu restaurieren. Der Papst selbst hat persönlich den Zustand der Kunstwerke nachgeprüft und den Vorschlag der Sachverständigen zugestimmt. Bemerkenswert dabei ist die Verfügung des Papstes, daß das Gemälde so wiederhergestellt werden soll, wie es Michelangelo gemalt hat. Der Maler Daniel di Volterra, der „Hofmaler“, hatte die nackten Körper mit einem die Scham verhüllenden Schurz übermoll. Der Papst ist der Ansicht, daß es unzulässig ist, das hervorragende Werk des Meisters in dieser Weise zu entweihen.

Große Heliumfunde in Kanada. Helium, das leichteste und seltenste aller Gase, hat in neuester Zeit verschiedene praktische Anwendungen gefunden, besonders zur Füllung von Luftballons. Während bisher dieses Gas in großen Mengen fast nur in den Vereinigten Staaten gefunden wurde, ist jetzt ein bedeutendes Heliumvorkommen zu Inglewood, wenige Kilometer von Toronto entfernt, in Kanada entdeckt worden. Im Jahre 1917 gab es nur 200 Kubikfuß Helium auf der ganzen Welt und der Kubikfuß war 150 Dollar wert. Jetzt ist der Wert von 1000 Kubikfuß etwa 70 Dollar; aber auch bei diesem Preis sind die neuen Heliumfunde sehr gewinnbringend, denn die Quellen von Inglewood werden mindestens 100 000 Kubikfuß im Jahre liefern. A herdem wird dadurch der amerikanischen Monopolstellung in der Lieferung von Helium ein Ende gemacht.

Die Gedächtnisausstellung für Corin's (Landzeichnungen), die die Berliner Sezession veranstaltet, kann erst Sonnabend nachmittags vor geladenem Publikum eröffnet werden.

Berner Kraus schreibt aus dem Staatlichen Schauspielhaus im Zusammenhang mit dem Intendanten an.

Gastspiele der Urania werden für bestimmte Vorstellungen, die der allgemeinen Volksbildung dienen, ausgesetzt (von 30 Bg. für die Vorstellung an). Rückers an der Tageslage.

Sätscher-Parlamentarismus.

Die Opposition darf nicht reden.

Budapest, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag trat die ungarische Nationalversammlung zusammen. In den Straßen war überall Polizei und Militär aufgestellt. Vor Beginn der Sitzung hatte sich der Ministerpräsident Graf Bethlen nochmals, allerdings vergeblich, bemüht, die Opposition von ihrer Absicht, die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu verlangen, abzubringen.

Der Präsident des Hauses nannte in seiner Eröffnungsrede die Frankfälschungen eine der schwersten Prüfungen Ungarns seit dem Frieden von Trianon und ein Alibi gegen die ungarische Nation. Hier dringliche Anfragen lagen vor, darunter die der Sozialdemokraten, in der ein 25gliederiger Parliamentsausschuss verlangt wird, der alle Vollmachten haben soll, um den politischen Hintergrund der Frankfälschungen vollständig aufzuklären. Der Präsident verweigerte sechs Abgeordneten, die zur Tagesordnung sprechen wollten, das Wort. Die Mehrheit billigte dieses Redeverbot für die Opposition, sie lehnte selbst die Dringlichkeit der Vorlagen ab. Nach dieser Bergemaligung erhob die Opposition, namentlich die Sozialdemokraten, ungeheuren Lärm, so daß längere Zeit verstrich, ehe der Ministerpräsident seine Rede beginnen konnte. Als er die Tribüne bestieg, wurde er mit Juxrufen, wie „Danken Sie ab! Sie Verteidiger der Frankfälscher!“ usw. empfangen. Vergebens versuchte der Präsident die Ruhe herzustellen. Schließlich wurde die Sitzung unterbrochen. Auch nach Beginn der neuen Sitzung konnte der Ministerpräsident seine Rede nur unter starkem Lärm und zahlreichen Unterbrechungen fortsetzen.

Der Ministerpräsident begann: „Die Untersuchung ist im Zuge und die Regierung wird auch die Frage der vollen Verantwortlichkeit aufwerfen.“ (Rufe links: Die Untersuchung wird auf Abwege geleitet wie im Falle Somogyi und Bascoli!) Heute kann die Angelegenheit noch nicht reiflos vor das Haus gebracht werden, weil die Untersuchung noch schwerer. Wenn die Gerichtsbehörden, auf deren Arbeit die Regierung keinen Einfluß nimmt und nehmen kann, alles aufgeföhrt haben werden, wird die Regierung das ganze Material vorlegen. Die Untersuchung wird nicht nur auf die Personen und Tatsachen, sondern auch auf den politischen Hintergrund erstreckt. (Rufe links: Von Siofot und Szegenedi ist das ganze ausgegangen, von den Geheimverträgen. Was ist mit dem St. Georgsbund? Was ist mit dem Blutbund?) Man behauptet, daß geheime Mächte am Werke seien, die die Arbeit behinderten. Dagegen muß ich protestieren. Es gibt keinerlei geheime Mächte und die Regierung tut unheimlich ihre Pflicht. Es wird zu einer großen allgemeinen Konfrontation kommen und alle Masken werden fallen müssen, so auch die Masken der Verleumdung. Dieser Konfrontation wird niemand entgegen.“

Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte weiter:

Der Kurierpost für Jankowicz

Ist unter Beobachtung des üblichen Verfahrens ausgestellt worden. Selbst wenn der Chef des Hilfsamtes im Ministerium das Gepäck Jankowicz geöffnet hätte, was nicht in seinen Aufgabekreis gehört, hätte er nichts Sonderbares daran finden können, daß französische Briefe darin enthalten waren, denn die ungarischen Behörden müssen häufig Geld ins Ausland schicken. Es wird nun gefagt, daß das Verfahren langsam in Fluß gekommen ist und daß die Kommunikation mangelhaft sind. (Abg. Vincenz Nagy ruft: Sie sind geföhrt! Großer Lärm.) Graf Bethlen: Ich fordere eine Erklärung für diese Verleumdung. (Beifall rechts.) Anfänglich standen keine anderen Daten zur Verfügung, als daß Jankowicz im Haag festgenommen worden ist, und sich auf Radoffy berufen hat. (Großer Lärm links. Abg. Ehn (Regierungspartei) ruft den Sozialdemokraten zu: „Was zahlt Euch Beneš?“ Der Jurist versucht bei den Sozialdemokraten ungeheuren Lärm, der sich erst legt, als der Präsident Ehn zur Ordnung ruft.)

Was den politischen Hintergrund betrifft, der vollständig aufgedeckt werden muß, so sehen wir, daß die verschiedensten Personen in diese Angelegenheit verwickelt sind; den reichen, eine glänzende gesellschaftliche Position einnehmenden Bindischgrag, den armen zugrunde gegangenen Rüdching, den auf einem der höchsten Beamtenposten stehenden Radoffy und den sozialdemokratischen Arbeiter. (Großer Lärm der Sozialdemokraten. Abg. Farkas: Wer ist der Sozialist?) Graf Bethlen: Das wissen Sie sehr gut, hat er sich doch einen sozialdemokratischen Abgeordneten zum Beirathgeber gewählt. (Gemeint ist offenbar der Druckereiarbeiter Spornring, der den sozialdemokratischen Abg. Spörky zu seinem Beirathgeber bestellte.) Einzelne Parteien wollen ihre politischen Gegner in die Affäre verstricken. Abg. Farkas: 350 Personen sind darin verstrickt! (Rufe: Namen nennen!) Ministerpräsident Graf Bethlen: Die Justiz wird die Angelegenheit bis in die letzten Einzelheiten verfolgen. Was die angeblichen politischen Ziele betrifft, so wollen wir daran keinen Anteil haben. (Beifall bei den bürgerlichen Rechten. — Abg. Rafalics (Soz.): Sie verlieren Ihre Spiegelkellen! — Große Entrüstung rechts und in der Mitte. — Ordnungsruf.)

Nach einer kurzen Pause gibt der Ministerpräsident

eine Blütenlese der falschen Nachrichten, die in die Auslandspresse Eingang gefunden

haben, besonders einzelne Nachrichten der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ und mehrerer französischer Blätter. Eine Nachricht des „Matin“ behauptet, der Reichsoberster sei mißfällig. (Große Entrüstung rechts und bei den Köstenschülern. Abg. Farkas (Soz.) ruft: Das ist wahr! — Ungeheurer Lärm — Der Präsident fordert Abg. Farkas auf, zu erklären, auf wen er seinen Zwischenruf beziehe. — Abg. Farkas: Auf das Regierungssystem. — Rufe rechts: Er läßt! Felger Rautheid! — Als Graf Bethlen verschiedene Nachrichten des Wiener „Abend“ verliest über die angebliche Verhaftung des Kabinettschefs Bartha, des Staatssekretärs Promay, der Abg. Eckardt und Walt usw. rufen die Sozialisten: Das ist ein Kobarett! Graf Bethlen erwiderte: Das ist kein Kobarett. Es handelt sich um die Ehre der Nation. — Als Quelle dieser Nachrichten ist Budapest angegeben. Wer Konnexionen mit diesen Blättern hat, möge daher dahin wirken, daß sie keine solchen Lügen schreiben. Denn solange sie dies nicht tun, sind sie verdammt. Abg. Feidl (Soz.) ruft: Gemeiner Verleumdung! — Dieser Jurist verurteilt einen ungeheuren Sturm und Abg. Feidl wird von der Mehrheit des Hauses, der sich auch Graf Apponyi anschließt, vor den Immunitätsausschuß geladen, d. h. er soll ausgelassen werden.)

Graf Bethlen (fortfahrend):

Prinzipiell verschlechte ich mich der Bestellung eines Parliamentsausschusses nicht, Vorbedingung hierfür ist jedoch die Respektierung der Unabhängigkeit der ungarischen Gerichte.

Sobald sämtliche Einzelheiten der Angelegenheit vollkommen aufgedeckt sein werden, werde ich dem Hause neuerlich Bericht erstatten. (Wangenhaltender lebhafter Beifall.)

Das Haus tritt sodann in die Verhandlung über das Budget ein.

Abrecht Habeburg soll vernommen werden.

Wien, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Arbeiter-Zeitung“ meldet aus Budapest, daß auf Grund der Tagesbuchaufzeichnungen des in Holland verhafteten Obersten Jankowicz der Staatsanwalt die Vernehmung des „Erzherzogs“ Albrecht Habeburg über seine Beziehungen zu den Frankfälschern beantragt hat. Die Vernehmung wird nach dem Geheiß aus der Königszeit nicht durch Vorladung, sondern durch das Oberhofmarschallamt in seiner Wohnung erfolgen — wenn überhaupt!

Der zweite Präsident des deutschösterreichischen Nationalrats, Dr. Dinghofer, ist in Berlin eingetroffen. Er wird seinen weitläufigen Aufenthalt benutzen, um mit verschiedenen Parlamentariern und politischen Persönlichkeiten Fühlung zu nehmen.

Unsere notleidenden Landesväter.

Wielhundertprozentige Aufwertung in allen Ländern.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Rechtsausschusses gab der Vorsitzende Abg. Kahl (Dp.) von einem Schreiben Kenntnis, in welchem der Vertreter des früheren Koburger Fürsten erklärte, daß an den Behauptungen, es werde bereits über eine hypothetische Belastung der Besitzungen des Fürsten verhandelt, kein wahres Wort sei. Der Vertreter der Reichsregierung teilte mit, daß er Thüringen, Sachsen und Bayern von den Nachrichten über Verträge zur Verschlebung fürstlicher Vermögensgegenstände Kenntnis gegeben habe und daß von allen diesen Ländern die Nachricht eingegangen sei, daß dort von solchen Verträgen nichts bekannt sei, die Gerichte aber angewiesen worden seien, ihr Augenmerk auf diese Sache zu halten.

Dr. Rosenfeld (Soz.): Diese Mitteilungen widerlegen nicht die in der früheren Sitzung mitgeteilten Behauptungen, denn Verhandlungen über Verschlebung können stattgefunden haben, ohne daß sie bereits greifbare Formen angenommen haben und zur Kenntnis der Behörden gelangt sind. Wie sehr Vorzicht am Platze sei, beweise die gestern vom „Vorwärts“ gebrachte Nachricht, daß der frühere Herzog von Braunschweig kostbare Bilder verkauft habe, noch dazu in englischer Währung und der Kaufpreis zahlbar in Amsterdam. Es sei notwendig, auch die Braunschweiger Regierung zu warnen.

Vorsitzender Kahl (Dp.): Wir können doch nicht auf bloße Behauptungen hin Ermittlungen anordnen.

Abg. Hampe (Wirtsch. P.): Die Bilder sind in der Tat vom früheren Herzog von Braunschweig zur Vermeidung des Zusammenbruchs der Hofhaltung verkauft worden, und zwar mit Zustimmung der zuständigen Regierung, die meisten Bilder bekam die Provinz Hannover, zwei Bilder gingen nach England.

Dr. Rosenfeld (Soz.): Diese Mitteilungen bestätigen, daß es sich nicht um bloße Behauptungen, sondern um Tatsachen handelt und es sei deshalb notwendig, die Braunschweiger Regierung zu warnen.

Vertreter der Reichsregierung: Wir werden auch bezüglich Braunschweigs das Nötige veranlassen.

Bezüglich der Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen behauptet Abg. Eorling, daß man den letztregierenden Fürsten, der ein 66jähriger Mann gewesen sei, nur dadurch veranlaßt habe, den jetzt von ihm angezeichneten Abfindungsvertrag zu unterschreiben, daß man ihm gedroht habe, sein Schloß anzuzünden.

Dr. Rosenfeld (Soz.): Diese Nachrichten sind sicherlich nicht wahr, denn in Schwarzburg-Sondershausen übte nach der Revolution nicht ein Arbeiter- und Soldatenrat die Macht aus, sondern ein Landrat, der von dem vor der Revolution gewählten Landtag ernannt war, von einem Landtag, dessen Mitglieder zu einem Drittel vom Fürsten ernannt, zu einem Drittel von den Höchstbesteuerten gewählt und nur zu einem Drittel aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen war. Wenn die Vertretung eines solchen Landtags mit dem Fürsten verhandelt habe und wenn, wie die Belegsammlung von Schwarzburg-Sondershausen ergibt, in diesem Lande nicht nur die Republik, sondern auch der Abfindungsvertrag vom Fürsten publiziert worden ist, so kann auf ihn keine Drohung ausgeübt worden sein.

Verhältnisse in Württemberg

teilt der württembergische Gesandte mit, daß nach der Revolution ein vom Landtag genehmigter Abfindungsvertrag mit dem Fürsten geschlossen sei, das Fürstentum habe sich aber später durch hohe Steuern veranlaßt gesehen, weitere Ansprüche an den württembergischen Staat zu stellen. Rumrehr sei wegen der Aufwertung Streit.

Dr. Rosenfeld (Soz.): Wie ist es möglich, daß trotz des Abfindungsvertrags jetzt Ansprüche erhoben werden?

Der württembergische Gesandte: Darüber bin ich nicht informiert.

Abg. v. Richtigshofen (Dem.): Jedenfalls beweisen die Darlegungen des Gesandten, daß die Auseinandersetzung nicht erledigt ist und daß insoweit auch Württemberg ein Interesse an reichsgesetzlicher Regelung haben könne. Dies bejtritt der württembergische Gesandte.

Inhaltlich des Freistaats Hessen leitete der hessische Finanzminister mit, daß im Jahre 1919 ein Abfindungsvertrag geschlossen sei. Bezüglich einer damals bewilligten Rente verlangt der frühere Fürst Aufwertung. Drei Millionen sind ihm angeboten worden, die er aber abgelehnt hat. Weitere Verhandlungen sind abgebrochen, weil jetzt von der Gegenseite die Dinge in ein neues Fahrwasser gelenkt werden. Jetzt plötzlich, nach sechs Jahren, will der Fürst den Abfindungsvertrag nicht mehr anerkennen, aus Rechtsgründen, wegen Nichtbeachtung der Formvorschrift des § 313 BGB. Es sei rätselhaft, wie die Dinge sich weiter entwickeln wollen. Wir wissen nicht, ob der Fürst eine Rente oder die Ungültigkeitserklärung des Vertrags erstrebt. Wir wollen den Streit durch Gutachter entscheiden lassen. Der Fürst verlangt aber, daß die Gutachter auch das Abkommen von 1919 prüfen sollen. Das müßten wir ablehnen. Für uns würde der Antrag noch ausreichen.

Dr. Rosenfeld (Soz.): Es zeigt sich also, daß auch Hessen ein Interesse an der reichsgesetzlichen Regelung hat. Welche Forderung hat der Fürst gestellt gegenüber dem Angebot von drei Millionen?

Der hessische Finanzminister: Der Fürst verlangt 10 Millionen.

Dr. Rosenfeld: Das sind 300 Proz. Aufwertung.

Bezüglich Mecklenburg-Schwerin erklärt Minister v. Brandenstein: Zwischen dem Lande und dem früheren Großherzog ist am 17. Dezember 1919 ein Auseinanderlegungsvertrag abgeschlossen worden. Die damals in Papiermarkt festgesetzten Leistungen sind unterwertig und es bestanden Meinungsverschiedenheiten über die Aufwertung. Ein Schiedsgericht hat dahin entschieden, daß ein im Laufe der Jahre aufgelaufener Zinsbetrag von 706 000 M. auf 389 000 M. ausgewertet wurde. Der Vertrag von 1919 ist Gegenstand der mecklenburgischen Verfassung geworden. Streitigkeiten über den Inhalt des Vertrags gehören zu den Verfassungsstreitigkeiten, über die höchstens der Staatsgerichtshof zu entscheiden hat. Die Zuständigkeit des Reichsregierers ist ohne vorherige Änderung der Reichsverfassung nicht gegeben. Die Notwendigkeit der reichsgesetzlichen Regelung der ganzen Frage ist für Mecklenburg nicht gegeben.

Dr. Rosenfeld: Die Mitteilungen über die angebliche Unzuständigkeit berühren recht eigentlich. Ueber sie wird später zu sprechen sein. Bei einer Volksabstimmung wird es sehr interessant sein zu sehen, wie sich das mecklenburgische Volk verhalten wird. Der Betrag von 706 000 M. entsprach einem Betrage von 70 000 Goldmark, die also auf 389 000 M. ausgewertet sind. Das bedeutet eine Aufwertung von 700 Proz.!!!

Abg. v. Richtigshofen: Es handelt sich hier eigentlich um einen Kaufvertrag. Bei solchen Verträgen steht das Aufwertungsgefeß 100 Proz. als Höchstgrenze vor. Wenn die Regierung mit dem Landtag einig ist, so kann der Antrag noch keine Störung bringen. Der mecklenburgische Widerspruch soll nur andere Länder nicht stören, die ein lebhaftes Interesse an dem Geheß haben.

Abg. Neubauer (Komm.): Diese Ausführungen beweisen, daß der demokratische Antrag eben nicht genügt. Denn wo wie in Bayern und Mecklenburg Regierung und Fürsten einig sind, müßten die Fürsten zu viel erhalten. Mecklenburgischer Finanzminister v. Dörhen: Auf die Frage, warum der Papiermarkbetrag in der genannten Höhe auf Goldmark umgewertet worden ist, möchte ich mich nicht äußern, da es mir als Partei nicht zusteht, Kritik am Schiedsgericht zu üben.

Abg. Landsberg (Soz.): Gerade die Partei hat das Recht dazu.

v. Dörhen: Ich habe aber nicht den Wunsch, es zu tun.

v. Richtigshofen (Dem.): Der Schiedspruch bezieht sich nicht nur auf die Zinsen, sondern auch auf das gesamte Kapital, das also ebenfalls um 700 Proz. ausgewertet worden ist.

v. Dörhen: Nun, es ist nicht über die Aufwertung des Kapitals entschieden, sondern nur indirekt bei der Aufwertung der Zinsen.

Abg. v. Richtigshofen (Dem.): Damit ist auch über die Kapitalaufwertung entschieden, und zwar in Höhe von 700 Proz.

Dr. Rosenfeld: Man muß doch von dem Goldmarkwert ausgehen und dann liegt eine Aufwertung in Höhe von 700 Proz. vor.

Abg. Coßmann (Dnat.): Das ist nicht richtig. Wir sind bei der Aufwertung immer vom Kennwert ausgegangen. (Widerstand von allen Seiten.)

Abg. Wunderlich (D. Sp.): Das ist nicht richtig. Man kann nur vom Goldwert ausgehen.

v. Richtigshofen: Das ist richtig. Dann liegt eine Aufwertung von Zinsen und Kapital in Höhe von 700 Proz. vor.

Für Schaumburg-Lippe verweist der Vertreter der Regierung dieses Landes auf die schriftlichen Auktions, die vorgelegt sind.

Dr. Rosenfeld: Die Mitteilungen nötigen uns zu den Fragen, warum die Aufteilung des Domänenvermögens so günstig für den Fürsten und so ungünstig für das Land erfolgt ist und warum eine so hohe Aufwertung vorgezogen ist.

Abg. v. Richtigshofen: In welchem Verhältnis steht das Areal des Fürsten zum Gesamtareal von Schaumburg-Lippe?

Reubauer (Komm.): Wieviel beträgt das Privatvermögen des Fürsten?

Vertreter der Lippschen Regierung: Die Rechtsverhältnisse in dem Domänen waren strittig, der Fürst nahm es als sein Eigentum in Anspruch, während das Land der Auffassung war, daß es ihm nur gehöre, solange er regiere und daß es mit der Thronensagung an den Staat gefallen sei. Das Land bekam im Teilungsvertrag vier Fünftel, der Fürst ein Fünftel.

Dem Werte nach fielen etwa die Hälfte an Fürst und Land.

Bei der Aufwertung handelt es sich um einen Betrag von 3 Millionen.

Das Schiedsgericht machte einen Vergleichsvorschlag, der zu einer Summe von 1 500 000 M. kam.

Dr. Rosenfeld: Wieviel betrug der Goldwert der 3 Millionen?

Der Lippsche Vertreter: 330 000 Mark.

Dr. Rosenfeld: Ich stelle also fest, daß hier die Aufwertung 500 Proz. beträgt!!!

v. Richtigshofen: Im Privatbesitz des Fürsten sind mehr als der Siebente Teil des Landes geblieben.

Abg. Hampe (Wirtsch. P.): Sehr groß ist Schaumburg-Lippe nicht.

Dr. Kahl (D. Sp.) macht Mitteilungen von einem Schreiben des Generalbevollmächtigten des Fürsten von Schaumburg-Lippe, in dem hervorgehoben wird, daß der Fürst im Kriege alles verloren habe und vom Lande nicht das geringste erhalten habe.

v. Richtigshofen: Das sind keine guten Verhältnisse, wenn der frühere Fürst ein Siebentel des ganzen Landes besitzt. Es kann auch nicht stimmen, daß der Fürst durch den Krieg sein Vermögen verloren hat.

Der Vertreter der Lippschen Regierung: Die Verluste sind für den Fürsten dadurch entstanden, daß er seine Güter, die in Ungarn und der Tschechoslowakei lagen, vor dem Kriege verkauft hatte und daß die Käufer während des Krieges nicht gezahlt haben. (Allgemeine Heiterkeit und Zurufe: Dann hat er doch nicht durch den Krieg verloren.)

Vor Schluß der Sitzung beantragt Dr. Rosenfeld eine Auskunft der Reichsregierung darüber einzuholen, welche Mittel der früheren fürstlichen Familien nach heute Militärpensionen beziehen und wie hoch sie seien. Eine große Anzahl fürstlicher Familienmitglieder haben während des Krieges hohe Posten in der Armee bekleidet und bezogen sehr erhebliche Renten. Wenn man einen Überblick darüber haben wolle, in welchen Verhältnissen die Fürsten jetzt lebten, ob wirklich einige von ihnen schlecht daran seien, dann könne man wenigstens diese Auskunft bekommen. Der Vertreter des Reichsinnenministeriums erklärte sich bereit, eine solche Auskunft vorzulegen. Die weitere Beratung wurde alsdann auf Dienstag vertagt.

AfR-Bund und Fürstenvermögen.

Der AfR-Bundesvorstand hat sich in seiner Sitzung vom 19. Januar mit einer größeren Zahl von Anträgen seiner Ortskartelle beschäftigt, die dahin gehen, durch die freien Gewerkschaften einen Volksentscheid über die Fürstenabfindung herbeizuführen.

Der Bundesvorstand kam nach eingehender Beratung zu dem Ergebnis, daß diese Frage als nicht mehr im Rahmen des gewerkschaftlichen Programms liegend angesehen und deshalb von den politischen Parteien, als den einzig zuständigen Körperschaften, gelöst werden muß. Immerhin werden durch die finanziellen Auswirkungen der Fürstenabfindung auch wichtige soziale Fragen berührt, um so mehr, als es nach Angabe der Reichsregierung an öffentlichen Mitteln zu einer befriedigenden Regelung der Erwerbslosenfürsorge und anderer Nothstände der arbeitenden Volksschichten mangelt. Angesichts dieser Zusammenhänge erklärt sich der Bundesvorstand bereit, den republikanischen Parteien im Falle eines Volksentscheides den zentralen, bezirklichen und örtlichen Organisationsapparat des AfR-Bundes zur Verfügung zu stellen.

Die Technik des Volksentscheids.

Das Verfahren bei einer Volksabstimmung zerfällt in drei Teile: Zulassungsverfahren, Volksbegehren und den eigentlichen Volksentscheid.

Zur Zulassung ist notwendig, den Entwurf, der dem Volk unterbreitet werden soll, mit 5000 Unterschriften dem Reichsamt des Innern einzureichen. Von der Unterschriftenliste kann abgesehen werden, wenn nachgewiesen werden kann, daß die antragstellende Organisation über die entsprechende Stärke verfügt. Damit ist, wie das jetzt mit dem überfüllten Kommunistenantrag geschehen ist, die Zulassung erfolgt, und es kommt nun das Volksbegehren.

Der „Reichsanzeiger“ hat bekannt zu machen, daß innerhalb einer gewissen Frist sich diejenigen, die den Volksentscheid wünschen, in Listen einzuschreiben haben. Nach den gesetzlichen Bestimmungen beträgt die Eintragungsfrist in der Regel 14 Tage; vorher müssen die Antragsteller die Eintragungsslisten den Gemeinden zustellen. Zum Zustandekommen des Volksbegehrens ist mindestens ein Zehntel der Stimmzahl erforderlich, die bei der letzten allgemeinen Wahl im Reiche hätte abgegeben werden können. Das war der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, wobei die Anzahl der Stimmberechtigten 39 414 316 betragen hat. Es müßten also rund 4 Millionen wahlberechtigte Deutsche sich für das Volksbegehren eintragen, wenn es zustande kommen soll. (Die Kommunistische Partei hat bei der letzten Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 erhalten 2 708 345 Stimmen; ihr Präsidentschaftskandidat Thälmann brachte es im ersten Wahlgang auf 1 871 815, im zweiten Wahlgang auf 1 931 151 Stimmen.)

Für den Volksentscheid, der dann stattfinden würde, wenn das vom Volk begehrte Geheß im Reichstag abgelehnt oder abgeändert wird, müßte mindestens die Hälfte aller stimmberechtigten Deutschen zur Urne gehen, das heißt rund 20 Millionen. Bei einer solchen Beteiligung würde dann die einfache Mehrheit der Abstimmenden zur Bejahung des Volksentscheides genügen.

Für den Volksentscheid, der dann stattfinden würde, wenn das vom Volk begehrte Geheß im Reichstag abgelehnt oder abgeändert wird, müßte mindestens die Hälfte aller stimmberechtigten Deutschen zur Urne gehen, das heißt rund 20 Millionen. Bei einer solchen Beteiligung würde dann die einfache Mehrheit der Abstimmenden zur Bejahung des Volksentscheides genügen.

Für den Volksentscheid, der dann stattfinden würde, wenn das vom Volk begehrte Geheß im Reichstag abgelehnt oder abgeändert wird, müßte mindestens die Hälfte aller stimmberechtigten Deutschen zur Urne gehen, das heißt rund 20 Millionen. Bei einer solchen Beteiligung würde dann die einfache Mehrheit der Abstimmenden zur Bejahung des Volksentscheides genügen.

Für den Volksentscheid, der dann stattfinden würde, wenn das vom Volk begehrte Geheß im Reichstag abgelehnt oder abgeändert wird, müßte mindestens die Hälfte aller stimmberechtigten Deutschen zur Urne gehen, das heißt rund 20 Millionen. Bei einer solchen Beteiligung würde dann die einfache Mehrheit der Abstimmenden zur Bejahung des Volksentscheides genügen.

Für den Volksentscheid, der dann stattfinden würde, wenn das vom Volk begehrte Geheß im Reichstag abgelehnt oder abgeändert wird, müßte mindestens die Hälfte aller stimmberechtigten Deutschen zur Urne gehen, das heißt rund 20 Millionen. Bei einer solchen Beteiligung würde dann die einfache Mehrheit der Abstimmenden zur Bejahung des Volksentscheides genügen.

Für den Volksentscheid, der dann stattfinden würde, wenn das vom Volk begehrte Geheß im Reichstag abgelehnt oder abgeändert wird, müßte mindestens die Hälfte aller stimmberechtigten Deutschen zur Urne gehen, das heißt rund 20 Millionen. Bei einer solchen Beteiligung würde dann die einfache Mehrheit der Abstimmenden zur Bejahung des Volksentscheides genügen.

Für den Volksentscheid, der dann stattfinden würde, wenn das vom Volk begehrte Geheß im Reichstag abgelehnt oder abgeändert wird, müßte mindestens die Hälfte aller stimmberechtigten Deutschen zur Urne gehen, das heißt rund 20 Millionen. Bei einer solchen Beteiligung würde dann die einfache Mehrheit der Abstimmenden zur Bejahung des Volksentscheides genügen.

Für den Volksentscheid, der dann stattfinden würde, wenn das vom Volk begehrte Geheß im Reichstag abgelehnt oder abgeändert wird, müßte mindestens die Hälfte aller stimmberechtigten Deutschen zur Urne gehen, das heißt rund 20 Millionen. Bei einer solchen Beteiligung würde dann die einfache Mehrheit der Abstimmenden zur Bejahung des Volksentscheides genügen.

Gewerkschaftsbewegung

Kommunistisches Spiel.

Mit der Not der Erwerbslosen.

Begreiflicherweise hat es die augenblicklichen Drahtzieher der KPD, etwas unangenehm berührt, daß wir in der Sonnabendmorgenausgabe des „Vorwärts“ den Spielplan des Theaters aufgestellt haben, das die KPD. wieder mit den Erwerbslosen machen will.

Um unsere Warnung an die Arbeitlosen unwirksam zu machen, ihre Notlage nicht mißbrauchen und sie von der kommunistischen Partei für deren politische Zwecke nicht auszunutzen zu lassen, verfallen die Herrschaften auf den abgegriffenen Trick, da sie sich erripst sehen, davonzulassen und aus Verbestärkung zu schreien: „Halte den Dieb!“

„Dieses Schandblatt“, — wie das edle Organ der edlen KPD. den „Vorwärts“ zu bezeichnen beliebt — hat den Berliner Arbeitlosen den Plan der KPD. verraten. Unsere positiven Angaben über das von Kommunisten entwickelte Programm der kommunistischen Aktion mit den Erwerbslosen, werden nicht zu bestreiten versucht. Statt dessen muß die „Noie Fackel“ sich bemühen, den Spieß umzukehren zu suchen und die Dinge so darzustellen, als ob außer den Schicksalskernern in der KPD. kein Mensch sich um die Erwerbslosen kümmere.

Demgegenüber darf schon daran erinnert werden, daß wir in Deutschland schon eine Reihe wirtschaftlicher Krisen durchlebten, bevor die Moskauer Filiale in Berlin errichtet war. Den Erwerbslosen erging es in der Vorkriegszeit meist schlimmer noch als heute, da die Erwerbslosenfürsorge noch ein theoretisches Problem war und die gewerkschaftlichen Unterstüßungseinrichtungen noch in der Entwicklung begriffen waren. Gerade die jetzt von kommunistischer Seite sozial geschmähte „rechte Gewerkschaftsbureaucratie“ war es, die die Einführung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung durchsetzte und sich um die Aufnahme von Notstandsarbeiten bemühte. Auch das Ziel der Arbeitslosenversicherung wird von den Gewerkschaften seit vielen Jahren verfolgt und auch erreicht werden.

Die kommunistischen Drahtzieher, die die Entsendung von Arbeitslosendelegationen organisieren und zum 27. Januar eine große Erwerbslosenprozession inszenieren, suchen über die „Wittgänge der Gewerkschaftsbureaucratie“ zu spotten, im gleichen Atemzuge in dem sie den Gewerkschaften unterstellen, sich überhaupt nicht um die Erwerbslosen zu kümmern. Was bei den „Wittgängen“ herauskommt, die die KPD. mit den Erwerbslosen machen will, ist von vornherein recht zweifelhaft. Die „Wittgänge der Gewerkschaftsbureaucratie“ oder haben noch immer den einen oder anderen praktischen Erfolg gehabt, wenn sie auch die Arbeitslosigkeit und die Not der Arbeitlosen nicht glatt beseitigen können.

Die KPD. belügt und beschwindelt die Erwerbslosen, wenn sie ihnen vorredet, durch kommunistische „Missionen“, die sich in erster Linie gegen die Gewerkschaften, die „Gewerkschaftsbureaucratie“ und gegen die Sozialdemokratische Partei richten, könne ihrer Not im Handumdrehen gesteuert werden.

Aus dem „Vorwärts“ hat die KPD. zuerst erfahren, wie die Inangriffnahme der Notstandsarbeiten in Berlin verflocht wurde und nun rühmt sich die KPD.-Fraktion des Reichstags, daß sie es gemein sei, die den Stand der nicht oder nur ganz ungenügend durchgeführten Notstandsarbeiten aufgedeckt habe. In Wirklichkeit war es auch hier wieder die „Gewerkschaftsbureaucratie“, der Vorstand des Berliner Ortsausschusses des ADGB, der die Frage der Notstandsarbeiten in Fluß gebracht und sie vorwärts gedrängt hat.

Die Gewerkschaften bilden immer noch die Vertretung der organisierten Erwerbslosen und nicht die jeweils amtierenden Leiter der KPD., die sich hinterher gegenständig ihre Unfähigkeit und pathologischen Mängel vorwerfen. Die Not der Erwerbslosen ist auch die Not der Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsmitglieder wenden sich erst recht dann an ihre Gewerkschaften, wenn sie in Not sind und wenn sie irgendwelche praktischen Vorschläge zu machen haben, um der Arbeitslosigkeit zu steuern und den Arbeitlosen zu helfen. Was die Gewerkschaften an Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und zur Besserstellung der Arbeitlosen durchsetzen können, kommt auch den unorganisierten Arbeitlosen zugute.

Die Erwerbslosen brauchen die KPD. nicht, die ihnen nicht helfen kann. Sie will sie wohl auf die Straße führen und sich ihnen als die alleinigmachende Helferin anbieten, doch wird von den tollsten Brandrednern und dem lauteften Parolegeschrei der KPD. kein einziger Erwerbsloser satt. Es ist die übliche „pathologische“ Uebertreibung, wenn die KPD.-Leute behaupten, „das Verbrechen der „Vorwärts“-Kamarilla“ sei so groß, daß sie lieber

Millionen größter Hungerqualen

überantwortet“, als der KPD. die geplante Massendemonstration zu gönnen.

Ob schon aus der Würdigungsgrund der Furcht vor einer Massendemonstration zugebilligt wird, eine „Furcht“, die die Sozialdemokratie bei all ihren Massendemonstrationen bewiesen hat, die noch nicht erlaubt waren und noch einigen Vorkenntnis erforderten, müssen wir dabei bleiben, die Arbeitlosen vor dem Nachlaufen hinter dem kommunistischen Partei-parolen zu warnen. Solche Demonstrationen mögen Sinn und Zweck für die Erwerbslosen!

Kampf gegen Lohnabbau.

Die Karoffelarbeiter wehren sich.

In überfüllter Versammlung der ausgesperrten Karoffelarbeiter am Montag im Metallarbeiterverbandshaus berichtete Henschel vom Metallarbeiterverband von den erneuten Verbindlichkeitsverhandlungen über den Schiedspruch vom 18. Dezember. Auch bei diesen Verhandlungen erklärten die Unternehmer, nicht über ihr letztes Angebot vom 28. Dezember, anstatt eines zwanzigprozentigen Lohnabbaues nur eine zehnprozentige Lohnherabsetzung vorzunehmen, hinausgehen zu können. Die Verhandlungen scheiterten wiederum an der Unnachgiebigkeit der Unternehmer. Die Verbindlichkeit für den Schiedspruch wurde nicht ausgesprochen, weil die Karoffelbetriebe keine lebenswichtigen Betriebe seien.

An der Situation ist durch diese Entscheidung nichts geändert worden. Die Ironie der Aussperrten liegt noch wie vor fest. Die Unternehmer versuchen zwar, mit allen Mitteln ihre dringenden Arbeiten fertigzustellen. So hat z. B. die Firma Scherba-Tempelhof versucht, ihre Bedränge während der Dauer der Aussperrung vom Fortbildungsschulbesuch zu befreien. Dieser Plan konnte vereitelt werden. Die Arbeiter der Firma Scherba in Heilbronn haben sich geweigert, nach dort geschickte Wagen aus dem Berliner Betrieb fertigzustellen. Die Aussperrung ergab, daß die Aussperrten es länger aushalten können, wie manche Unternehmer es annehmen. Sie sind fest entschlossen, den Kampf erfolgreich zu beenden, wenn er auch noch mehrere Wochen dauern sollte.

Ein ungeheuerlicher Raubzug

der früheren Fürsten gegen das Deutsche Volk, das schon am Hungertuche nagt, ist durch die geforderten Abfindungen geplant. Die Vorfälle des modernen Raubrittertums

haben im Bezirk, dem durch ihre Schuld vollends verarmten Deutschen Volke auch noch das Letzte zu nehmen. Das muß auf Volksbegehren durch Volksentscheid verhindert

werden. Die Durchführung dieses Appells an die Volksmehrheit erfordert jedoch große finanzielle Opfer. Zahlte deshalb wieder jeder, der es kann, freiwillige Beiträge hier für auf Postcheckkonto 48 743 an Alex Pagels, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Schiedspruch für die Meierei Volke.

Da die Verhandlungen über den von der Firma Volke geforderten zehnprozentigen Lohnabbau zwischen der Firma und den Tariforganisationen am 7. Januar zu keinem Ergebnis führten, rief die Meierei den Schlichtungsausschuß an, der denn auch unter Vorsitz des Gewerkschaftsrates Körner am Montag zusammentrat. In den Verhandlungen konnte wiederum keine Einigung erzielt werden. Da die Vertreter der Firma erklärten, daß der Einnahmefall infolge der herabgesetzten Milchspanne von 11 auf 10 bzw. 10½ Pfennig nur durch einen Abbau der Löhne wettgemacht werden könne. Die Arbeiter seien dazu in der Lage, den Lohnabbau zu tragen, da ja seit einer Ermäßigung der Lohnsteuer (1) eingetreten sei. Die Arbeitervertreter betonten dagegen, daß auch in der Zeit der Herabsetzung der Milchspanne eine Ermäßigung der Umsatzsteuer eingetreten sei, die dem Betrieb rechtlos zugute kam, da seitdem die Löhne der Arbeiter keine Erhöhung erfahren haben. Die jetzt eingetretene Ermäßigung der Lohnsteuer sei noch nicht einmal ein Ausgleich für die Meiereierhöhung und die Erhöhung der Krankentagebeiträge.

Nach längerer Beratung wurde schließlich folgender Schiedspruch gefällt:

„Der bestehende Lohnvertrag wird bis zum 31. Mai verlängert. Er ist mit zweimonatiger Frist zu diesem Termin kündbar. Bei Nichtkündigung läuft der Vertrag jeweils einen Monat weiter. Erklärungsfrist zwei Wochen.“

Die bei der Meierei Volke Beschäftigten werden in den nächsten Tagen zu dem Schiedspruch Stellung nehmen.

Das Schicksal älterer Angestellter.

Die „Deutsche Konfektion“ berichtete in ihrer letzten Ausgabe: „Großes Mitleiden und Bedauern hat der freiwillige Tod eines bekannten und beliebten Berliner Stadtortleiters herbeigeführt, der seit 33 Jahren für ein sehr bedeutendes Konfektions-Klostergroßhaus tätig gewesen ist. Diese lange und erfolgreiche Mitarbeit hatte die Firma nicht davon abgehalten, ihm und noch anderen älteren Angestellten unter Hinweis auf den schlechten Geschäftslage die Kündigung zuzustellen. Der alte Herr konnte den Schlag nicht ertragen — vielleicht schmerzte ihn die in dieser Kündigung liegende Nichtachtung und Kränkung noch mehr als die Sorge um die Zukunft — und nahm sich das Leben.“

Wie wir erfahren, handelt es sich um den Vertreter Henschel von der Firma Gebr. Heller u. Hornig, Hausvogteiplatz. Das genannte Fachblatt verlag seinen Bericht mit der Mahnung an die Firmeninhaber: „Behaltet ältere Angestellte!“ und knüpft an seine Darstellung recht beachtenswerte Ermüdungen und Vorhaltungen, doch scheint uns, daß es in diesem Falle nur taube Ohren findet.

Die Angestellten müssen ihre Arbeit für alle Fälle sichern. In erster Linie in der gewerkschaftlichen Organisation. Darüber hinaus jedoch gilt es durch Ausbau der bestehenden Unterstüßungseinrichtungen der AFA-Verbände, wie der Angestelltenversicherung — auch die „Volksfürsorge“ darf hierbei nicht unerwähnt bleiben — alle eventuellen Sicherungen für den Fall des Alters und damit der Arbeitslosigkeit zu schaffen. Je früher die Organisation des einzelnen Angestellten erfolgt, je stärker wird die Organisation, und um so eher wird der ausreichende Schutz erreicht vor den Folgen des „Qualtwerdens“ im Dienste des privatkapitalistischen Unternehmertums.

Die arbeitslosen Transportarbeiter.

Zu Montag mittag hatte der Deutsche Verkehrsbund seine arbeitslosen Mitglieder nach dem Gewerkschaftshaus zu einer Versammlung eingeladen. Am Saaleingang erhielt jeder der Erschienenen einen Warengutschein ausgehändigt, der in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft für Waren eingetauscht werden konnte. Das einleitende Referat hielt Kollege Siegle vom Ortsausschuß des ADGB. Er verwies auf den unsozialen Geist der gesetzlichen Arbeitslosenbestimmungen, an deren Stelle die Arbeitslosenversicherung treten müsse. Die herrschende Klasse überlasse die Notlage der Arbeitlosen gänzlich. Die Entschädigungsansprüche der ehemaligen Fürsten und ihres Anhangs scheinen diese Leute mehr zu interessieren als die Notlage arbeitsloser Volksgenossen. Für die Fürsten wollen die Besizhenden große Summen hergeben, die dem Staat entzogen werden. Aber für die Arbeitlosen ist niemals Geld da. Den schuldlos arbeitslos Gewordenen und ihren Familien muß Recht werden. Die Arbeitlosen wurden ermahnt, fester denn je zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu stehen und für die weitere Stärkung der Gewerkschaften einzutreten, damit der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Stüßung der Arbeitlosen mit steigendem Erfolg geführt werden kann. Das bisherige Verhalten des Berliner Magistrats in der Stellung zu den Arbeitlosen sei aufs schärfste zu verurteilen.

Nach dem Vortrag folgte eine heftige Diskussion ein. Es wurde eine ganze Reihe von Entwürfen gestellt, die sich gegen die Fürstenabfindung wenden und von Partei und Gewerkschaft die Vorbereitung und Durchführung eines Volksentscheides verlangen. Am ständige Fühlung mit der Verwaltung des Verkehrsbundes zu halten, wurde die Wahl einer viergliedrigen Kommission be-

schlossen. Ferner wurde beschlossen, in möglichst kurzen Zwischenräumen zu neuer Versammlung zusammenzutreten, um beratend an der weiteren Gestaltung zur Verringerung der Notlage der Arbeitlosen teilzunehmen.

Der Ueberstundenkandal bei Siemens.

Uns wird geschrieben:

Mit Freuden habe ich und haben viele Kollegen die vorige Monats- resp. Dienstag-Vorwärts-Nummer gelesen, wo über den Ueberstundenkandal mal der Öffentlichkeit die Augen geöffnet wurden, was bei Siemens los ist! Das ist aber noch lange nicht genug. Es sind dort Bureaus, in denen Angestellte seit Wochen und Monaten, manche sogar seit 1½ Jahren, fast täglich Ueberstunden schieben! Da ist das Lohnbureau, das Technische Terminbureau, das Teilager II und das Technische Postbureau, sämtlich Bernerwerk „B“, wo seit etwa 1½ Jahren fast täglich 1—2 Ueberstunden gemacht werden! Die Aufsichtsbehörden mühen sich mal über diese Bureaus die Listen vorlegen lassen und gegebenenfalls mal von den Angestellten die Gehaltsabrechnungen einsehen! Die sprechen genug. Hier muß endlich mal ordentlich hineingeleuchtet werden!

Seit 1½ Jahren wird „umorganisiert“. Es könnten in diesen Bureaus selber mindestens 25 Proz. mehr Angestellte tätig sein, auch sind in diesen Bureaus keine besonders eingearbeiteten Personen nötig; es sind Personen aus der einfachen kaufmännischen Branche tätig, von der Werkstatt gelernte Mechaniker neben Technikern und einigen Ingenieuren und 50 Proz. weibliches Personal. Es wäre also dringend geboten, daß endlich mal in dieses Kororado der Ueberstundenheberei hineingeleuchtet wird und mal auch die Öffentlichkeit über diesen Unjag eingehend unterrichtet wird.

Kommunistische Quertreibereien.

Bochum, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Bezirksleitung Ruhrgebiet des Bergarbeiterverbandes teilt zu dem Ausschluß einer Anzahl von ehemaligen Mitgliedern der vor einiger Zeit zum Bergarbeiterverband übergetretenen Union der Hand- und Kopfarbeiter folgendes mit: Die Bezirksleitung Ruhrgebiet des Verbandes ist leider genötigt gewesen, gegen eine Anzahl Verbandsmitglieder den Ausschluß zu beantragen. Die kommunistische Gewerkschaftsfraktion und die kommunistische Presse haben ihre Anhänger seit dem Uebertritt der Union-Mitglieder zum Verband ständig in dem Sinne bearbeitet, bei den Ortsverwaltungswahlen alles daran zu setzen, daß Kommunisten in die Ortsverwaltungswahlen gewählt werden. Der Verbandsleitung steht auf die Wahl der Funktionäre kein anderer Einfluß zu, als das Statut ihr einräumt. Auf die Bestimmung des Statuts, daß die gewählten Funktionäre zwei Jahre Mitglied des Verbandes sein müssen, wird sie nicht verzichtet. Das Statut ist bei den feinerzeit von der Union nachgehenden Verhandlungen in seinem vollen Umfange anerkannt worden. Es hat also gar keinen Zweck, wie die kommunistische Presse und ihre Anhänger das tun, um diese Tatsache herumzureden. Wenn dazu noch in einer Art und Weise in Zahlstellenverhandlungen debattiert wird, daß unsere alten Kameraden uns berichten: „Die ganzen Debatten sind von einer fanatischen Gehässigkeit gegen die Verbandsleitung getragen, so daß man daran verzweifeln muß, mit diesen Leuten positive gemeinsame Arbeit leisten zu können“, so denkt der Vorstand natürlich erst recht nicht daran, seine alten Kameraden im Stich zu lassen. Wer beharrlich den Statutenbestimmungen entgegen handelt, wird ausgeschlossen, und sollte sich eine Zahlstelle finden, die wiederholt solche Kameraden wählt, so wird die alte Zahlstellenleitung mit der Weiterführung der Verbandsgeschäfte beauftragt werden.

Schweizer Beamtenrecht.

Genf, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ein Ausschuß des Nationalrats beschäftigte sich am Dienstag bei der Beratung des Referenturteils über Anstellungsverhältnis und Befolgung des Staatspersonals mit den Bestimmungen über das Koalitions- und Streikrecht. Annahme fand ein Antrag des Verbandes des Staatspersonals, wonach die Streikfreiheit innerhalb der Grenzen der Bundesverfassung garantiert sein soll, gegenüber der Fassung des Bundesrats, nach der diese Garantie auf den Ausnahmefall der öffentlichen Ordnung beschränkt werden sollte. Dagegen gelang es nicht, die Streikung der Bestimmung zu erreichen, nach der es den eidgenössischen Beamten, Angestellten und Arbeitern untersagt ist, einer Organisation anzugehören, die den Beamtenrecht vorsteht. Dieser Antrag wurde mit 13 gegen 9 Stimmen abgelehnt (4 sozialdemokratische und 5 linksbürgerliche bzw. christlich-soziale). Der Streikverbotartikel wurde mit 17 gegen 4 sozialdemokratische Stimmen angenommen. Schließlich wurde mit 18 gegen 4 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine Bestimmung angenommen, die den Verbänden untersagt, Mitglieder wegen Nichtbefolgung eines Streikbeschlusses auszuschließen.

Buchdrucker! In der nächsten Woche, vom 25. bis 30. Januar, findet eine „Vorwärts“-Agitation in den Betrieben statt. Wir erwarten von unseren Kollegen, daß sie die Organisation dieser Agitation in den Betrieben vorbereiten und daß jeder Kollege durch tatkräftige Mithilfe zum guten Gelingen der gestellten Aufgabe beiträgt. Die Exemplare werden vom Dienstag bis Sonnabend verteilt und stehen jedem Betrieb in gewünschter Anzahl (ungefähr 30 Proz.) in den nächstgelegenen Expeditionen des „Vorwärts“ zur Verfügung; Großbetriebe werden auf Wunsch direkt beliefert. Wir bitten, die Bestellung der Exemplare umgehend an den Kollegen Otto Fiedler, Reutöllen, Welfenstr. 29, zu richten und auf einer 3-Pf.-Karte mitzuteilen: 1. Betrieb, 2. Anzahl der Exemplare, 3. Angabe der Expedition, von der die Abholung erfolgt, 4. Name des Abholers. Die Exemplare sind morgens in den Expeditionen auf den Namen des Abholers erhältlich. Die neuemontierten Abonnenten sind nach Beendigung der Werbeweche ebenfalls an die obige Adresse mitzuteilen. Jeder Betrieb, auch der kleinste, muß sich an dieser Agitation beteiligen. Der Fraktionsvorstand.

Wittane, SPD.-Veranstaltung des Bezirksamts Weidling, Donnerstags 14 Uhr im Volkshaus 2. Stübchen, 1 (Wienstraße), Versammlung aller Parteimitglieder, Mittags Kassenabrechnung, Erheben der 10 Pf. Mitgliedsbeiträge, 14.11.1931. Der Fraktionsvorstand.

Gottlieb, Landarbeiter- und Forstwirtschaftsverband, Donnerstagabend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus (Coal 4) Rechtsanwaltsamt, Erheben der 10 Pf. Mitgliedsbeiträge und Kassenabrechnung, 14.11.1931. Der Fraktionsvorstand.

Verantwortlich für die Politik: Frau Weiser, Wirtschaft: Frau Grotzmann, Gewerkschaftsangelegenheiten: Frick, Chloa u. Neulöhner, Dr. John Schloßmann, Volles und Conditorei: Frau Roschke, Anzeigen: H. Gode, sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin, Grund: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Ernst Singer u. Co., Berlin SW 78, Fiedlerstraße 2. Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

Musikantfrage

Schreibt man nur dem Nachweiser des Deutscher Musikerverbandes, Berlin O 27, Hindenburgstr. 21 (Rönnigk) 4310, 4048, Gehaltsliste 2 bis 5. Sonntag 10 bis 12 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

Des Kenners Urteil: Kaffee Hag ist doch besser

Kaffee Hag-Probierstube
Berlin, Kurfürstendamm 26a

Vögel im winterlichen Berlin.



Die Vögel Berlins sind eine mannigfaltig zusammengewürfelte Gesellschaft, Vertreter der verschiedensten Gattungen und Arten. Es hat den Anschein, als ob Zahl und Art der gefiederten Bewohner Berlins ständig zunehmen. Selbst das Vogelleben der Innenstadt ist reichhaltiger und in einer Zunahme begriffen, die eine große Menge der Berliner überfließt. Sie kennen in ihrer Vaterstadt nur den Spatz, sie wissen nicht, daß eine ganze Anzahl von Vögeln innerhalb der Mauern Berlins auch im Winter ein ganz erträgliches Dasein führt.

Unsere Wintervögel.

Im Herbst, wenn der Wind über die Stoppeln weht und die Sonne sich müht, die die Erde einhüllenden Nebel zu durchbrechen, wenn in dem sich färbenden Schiffe des nahen Waldsees innerhalb der Großstadt die Rohrdrossel längst nicht mehr ihr gewohntes „Kariki“ ertönen läßt, wenn die herbstlich gefärbten Blätter der Bäume und Sträucher schon längst von einem leichten Winde heruntergefegt worden sind, dann hat ein großer Teil unserer gefiederten Freunde die südlichen und warmen Winterquartiere aufgesucht, dann treibt sich nur ein geringer Teil von Vogelarten nahrungssuchend innerhalb der winterlichen Anlagen, Straßen und Friedhöfe Berlins umher. Ihre Zahl wird nur vermehrt durch das Eintreffen verschiedener nordischer Gäste, die durch Kälte und Not gezwungen sind, ihre nördliche Heimat zu verlassen und umherstreifend südlich zu wandern. Manche Arten der kleinen Vögel suchen besonders im Winter die Straßen der Stadt auf und vor allem die mit Tuller bestreuten Fensterbretter, um hier den hungrigen Regen zu stillen. Der schöne Goldammer, der kräftige Gränling und der schmale Buchfink suchen auch in unmittelbarer Nähe der Droschkenhaltstellen, soweit jetzt überhaupt noch Pferdegeschosse verwendet werden, nach verstreuten Nahrungstoffen. Zu ihnen gesellt sich auch häufig die Haubenlerche und natürlich in großer Anzahl unser alter Freund, der Spatz. In den Gärten und Anlagen ist der leuchtend rot gefärbte Singspiel zu finden und ab und zu auch der durch seinen kläglichen Schnabel ausgezeichnete Kernbeißer. Stiefling und Hänfling, der grüne Erdenzeißig und sein totrüßiger nordischer Verwandter, der Birkenzeißig, sind an strengen Wintertagen Gäste in den Anlagen und Gärten der Stadt. Nicht zu vergessen sind die behenden und flinken Meisen, die häufig recht lech und ohne Scheu ein Hansforn sich von den Futterbreitern an den Fenstern und auf den Balkonen mildtätiger Menschen holen. Unter ihnen fällt oftmals der flinke Kiebel auf, der nach Art der Spechte

an den Baumstämmen unterklettert und dabei nicht mit dem kleinen Baumläufer zu verwechseln ist, der ebenfalls ein Bewohner Berlins ist. Weniger häufig innerhalb des städtischen Gebietes, sondern mehr in den Außenbezirken sind die Spechte anzutreffen, oftmals haben sie als Gefolge eine größere Anzahl Meisen und Goldhähnchen, die in den Zweigen der Nadelbäume nach winzigen Insektenlarven und Larven suchen. Dort wird auch der Eichelhäher angetroffen, der sich bis in die Gärten und Anlagen der Innenstadt vorwagt. Auch die Reibhähne, die sonst so vorsichtig und unnahbar ist, sucht auf den Straßen nach genießbaren Stoffen, um den knurrenden Magen zu stillen. Sie sucht die Stadt auf, wenn es draußen gar zu unwirtlich wird, wenn Kälte und Schnee die Nahrungsbeschaffung unmöglich machen. Gewöhnlich sind es die Dächer der Häuser, die sie aufsucht. Von hier aus mustert sie mit prüfendem Blick die Straße und läßt sich, wenn sie etwas Genießbares erspäht hat und der Verkehr nicht gerade ein zu reger ist, nieder, um mit der Beute wieder dem sicheren Dache zuzustreben. Ihre kleinere Verwandte, die Dohle, hat seit einigen Jahren auch in Berlin ihr Quartier aufgeschlagen. Durch lautes Rärmen machen sie sich bemerkbar, wenn man sie auch nicht sieht. Im allgemeinen verläßt sie im Winter die unwirtlichen Städte Deutschlands und streicht die südlicheren Landschaften zu. Ein weiterer Angehöriger der Rabenfamilie, die schöngezeichnete und langschwänzige Elster kommt in die Gärten der Außenbezirke, um hier etwas Genießbares zu erhaschen.

Amsel, Drossel . . .

Eine häufige Erscheinung auf den Straßen und in den Anlagen Berlins sind die Stare, von denen auch im Winter einige in der Stadt bleiben. Pflögl sind diese verschwunden ohne jeden sichtbaren Grund und ebenso plötzlich sind sie wieder da. Ueber die nanzieren, stets beschäftigten Vögel freut sich jeder Vorübergehende. Ebenso häufig wie der Star, vielleicht sogar noch häufiger, ist die wohlbekanntere Amsel, die im Laufe der Jahre zu einem Stadtvogel



geworden. Ursprünglich wohnte die „*Warrnerin des Waldes*“, die so manchem Rimrod den Pflöglgang verdorben hat, im Tiergarten und den angrenzenden, mit vielen hohen Bäumen und zahlreichen Vogelarten versehenen Straßen. Von da aus breitete sie sich anfangs über die anderen Parks, die Friedhöfe und tam so allmäh-

lich in nähere Berührung mit dem Menschen, so daß sie sich jetzt nicht scheut, hart an der Straße ihr Nest zu bauen. Eine häufige Erscheinung sind die weißgeschneiten, selten rotweissen Amseln, die in diesem Umfange wohl nur in der Großstadt zu finden sind. Als winterlicher Gast ist in den Gärten der Außenstadt, besonders dort, wo Ebereschensiräucher und -bäume mit ihren roten Beeren stehen, die Wachholderdrossel und der Seidenschwanz zu finden. Das Auftreten beider Vogelarten ist nicht alljährlich und richtet sich nach der Kälte und den Nahrungsverhältnissen in ihrer Heimat. Von kleineren Singvögeln, die im allgemeinen den Winter hier nicht verbringen, sind ab und zu vereinzelte Rotkehlchen und häufiger die Braunellen anzutreffen.

Schwimmvögel.

Als Wintergast, häufig auch im Spätsommer, beherbergt Berlin einen Schwimmvogel, der sonst am häufigsten in den Flussmündungen und auf den Hoffs zu finden ist, die Lachmöve. In wunderbar schönem und gewandtem Fluge schwebt sie gemächlich über das Wasser dahin, hier etwas Genießbares von der Oberfläche des Wassers zu nehmen, dort einen von den Passanten zugeworfenen Brocken zu erhaschen. Man trifft sie häufig an den verschiedensten Brücken und Anlegeplätzen Berlins. Vor nicht langer Zeit war es ein besonders anziehendes Schauspiel, auf den Gewässern des Tiergartens ein Pärchen Wildenten zu beobachten, wie sie munter umhergeschwommen und tauchten, um den moorigen Boden nach Nahrung zu durchsuchen. Auf den baumumstandenen Teichen und Wasserläufen füllten sich die Enten sicher und fanden auch bei den kleinen schlammumstandenen Insekten Gelegenheit zum Nisten. Von hier aus begann die Einwanderung nach Berlin. Während die Mergente draußen im Gelände auf dem Waldsee ein äußerst schein Vogel ist und sich gewandt und schnell den Blicken des Nahenden zu entziehen versteht und schließlich mit kräftigem Flügel Schlag davonzieht, unterscheidet sich die „Berliner Mergente“ in ihrem Benehmen kaum von der gewöhnlichen Sandente.

Neben diesen in unserer Vaterstadt häufiger vorkommenden Vogelarten, deren Zahl noch vermehrt werden kann, werden ab und zu seltene Gäste angetroffen, deren Ernährung sich erübrigt.

Sechs Tage.

Es ist erstaunlich, welche Widerstandskraft diese Menschen zeigen, die sechs Tage und Nächte lang in fast fählicher Anstrengung der Muskel- und Spannung der Nerven, bei nur wenigen Stunden unruhigen Schlafes am Vormittage Runde um Runde juristieren. Vor allem zeigt sich aber ihre Ausdauer bei den Stürzen: meist steigen sie bald wieder in den Sattel mit frisch verbundenen Köpfen, Armen oder Beinen, mit noch in der Haut steckenden Holzsplittern, nachdem sie manchmal minutenlang ohnmächtig liegen blieben.

Diese stahlharten Menschen sind fast ausschließlich Profiteure: aus der Lebensbeschreibung der Fahrer vom gegenwärtigen Berliner Sechstagerennen ist zu entnehmen, daß die meisten Mechaniker waren, die wohl als Lehrlinge auf dem Rade in die Fabrik fuhren und ihre Muskeln schon jung erprobt. Oder sie waren früher Zeitungsfahrer der großen Berliner Zeitungen. Tollkühn schlingeln sie sich zwischen Straßenbahnen, Autobussen, Kraftwagen, Passanten hindurch. Mancher einer gleitet dabei aus, stürzt, verlegt sich schwer oder wird sogar tödlich überfahren, wie kürzlich jener treuer Mitarbeiter der „Vorwärts“-Expedition, manch anderer wird zum Rennfahrer, zum Abgott des Publikums, zur Berühmtheit, wie jener Lemanow oder jener Liep, die zu den populärsten Figuren der deutschen Sechstagerennen zählen.

Ueberhaupt: das Publikum! Unten, auf den teuren Plätzen, die Männer in Smoking und Pelz, die Frauen von Welt und nach mehr von Halbwelt. Nachlässig blicken sie auf die Fahrer, oder auch nicht. Sie erscheinen gegen Mitternacht und gehen wieder um drei Uhr morgens. Für sie ist das Sechstagerennen nur eine der vielen Formen des Nachtlebens. Man „muß“ eben dabei gewesen sein. Unter diesen finden sich auch Leute, die dorthin gehen in der Hoffnung, einen Sturz, einen recht schweren, gefährlichen Sturz zu erleben. Sumpfbüden des Kapitalismus, denen der Rervenkügel alles ist und die in einem Massensturz eine interessante Ergänzung der gleichzeitig spielenden Jazz-Musik erblicken.

Die Passion.

Roman von Clara Diebig.

„Kafende.“ Und damit lag Eva nicht. Ja, sie hatte Schmerzen, hatte ein immerwährendes Bohren, Stechen, Ticken im Ohr, vor allem aber dies Gefühl einer Laubheit, das lähmend wirkte auf ihren ganzen Organismus. Von den Ohren strömte es nach überall aus, ihre Augen versagten, ihr Magen revoltierte, ihr Rücken war wie zerbrochen — oder kam das alles nur von der Angst? Die Beine waren ihr, als ob statt der Füße Bleiklumpen an ihnen hingen. Sie fühlte sich krank, entnervt, einmütig. Selbst ihr Gehirn tat nicht mehr mit, sie vergaß alles, sie hatte ja nur immer den einen Gedanken: wenn es herauskommt, wenn es nun eines Tages doch herauskommt, was dann?!

„Mir gefällt unsere Eva nicht recht,“ sagte ganz betrübt der gute Peterseim, als er im Schlafrock und gesticktem Hauskäppchen, welche Pantoffeln an den Füßen, in den Zimmern herumging. „Ich beobachtete sie. Das arme Mädchen muß krank sein, oder es hat einen heimlichen Kummer. Sie ist doch nun beim Zahnarzt gewesen. Der hätte ihr auch den Zahn gezogen, sagte sie. Aber gestern sah sie doch in der Küche und hielt sich wieder den Kopf. Sie hörte mich nicht. Ich schide sie heute noch zu unserem Doktor, ob sie will oder nicht!“

Eva wurde geschickt; ging auch ohne Sträuben, ging die Treppe hinunter, ging die Straße entlang, aber zum Arzt ging sie nicht. Auf einer Bank im nahen Viktoriapark blieb sie sitzen im Schein eines sonnigen Vorfrühlingsnachmittags und dachte nach. Sie versuchte wenigstens nachzudenken, und dem zu gebieten, was sie in jeder Erregung hielt. Manch einer, der vorüberging bei dem einsamen Mädchen, glaubte: die sitzt da und wartet auf ihren Liebhaber — aber vergebens. Evas Gestalt hatte etwas Zusammengefunkenes; der Kopf hing ihr auf die Brust in einem verknüpfenen Grübeln.

Es würde nicht schwer sein, den Peterseims vorzuerzählen, daß sie beim Doktor gewesen war, daß der gelacht hatte, gesagt: „Weiter nichts, nur Bleichsucht!“ — aber wenn es herauskam, daß sie nicht beim Arzt gewesen war?! Und wenn dann weiter anderes herauskam! Wenn es sie einmal so packte, daß sie liegen bleiben mußte im Bett, was dann?! Schon heute morgen hatte sie geglaubt, nicht aufstehen zu können; eine Ohnmacht, wie sie die schon oftmals früher gehabt, hatte sie wiederum angewandelt, nur mit der größten Willensanstren-

gung hatte sie sich der Starre entreißen können. Sie hatte sich die Nägel der Hände ins Fleisch gehohrt — nur die Gewalt über sich nicht verlieren! Es war dann auch besser geworden nach und nach, erträglich; die Arbeit ermunterte sie wieder, die hielt sie immer noch auf den Füßen. Ach, wenn sie die Arbeit verlor? Aber würde sie die denn verlieren? Warum denn? „Anstehend ist es nicht,“ hörte sie plötzlich ganz deutlich die Stimme ihres Professors. Und die Peterseims waren ja so gut. Nun also, warum denn Angst? Sie war doch ein tüchtiges Mädchen, da hatte sie sich fast verrückt gemacht mit so dummen Gedanken.

Eva hörte auf einmal einen Vogel singen. Er hatte schon lange gesungen, aber, ganz in ihre Trostlosigkeit versunken, hatte Eva ihn nicht gehört. Nun hörte sie aber. Da sah die Amsel, glatt, schwarz, mit goldenem Schnabel, dicht vor ihrer Bank auf dem Rasenplatz, und stötte, stötte aus voller Brust den ersten wohlklingenden Sang der Frühlingsahnung, für erwidern den Sonnenschein und verheißende Erde die erste Dankeshymne der Kreatur. In Evas Blick kam etwas Hellere: ja, es wurde Frühling! Amseln sangen ihn ein, sie waren die ersten, die ihn verkündeten. Eva erinnerte sich daran, wie sie zum erstenmal eine Amsel gesehen hatte, diese liebe Amsel, die so zutraulich ist. In der Charité war es gewesen. Sie hatte mit ihrer Puppe unter den Büschen des Hofes auf einer Bank gesessen, da war der glatte schwarze Vogel vor sie hingehüpft und hatte sie mit seinen klugen Augen nergierig angesehen. Nun sah wieder eine Amsel vor ihr — war es dieselbe noch? Und vor ihr stieg die ganze Charité auf, in der es, als sie das letztemal dort gewesen, freilich nicht so schön gewesen war wie vorher. Aber die roten Backsteingebäude lagen doch freundlich vor ihr, beglänzt vom Sonnenschein, die Fenster blinkten, Schwester Johanneses liebes Gesicht lächelte sie an und andere Schwestern lächelten auch — ach nein, schimm war es da nicht, und es war wenigstens ein Ruhepaus. Und sie hörte ihres Professors vertrauensweckende Stimme sprechen: „Es werden immer neue Heilmittel gesucht und gefunden, verlieren Sie den Mut nicht.“

Als Eva glaubte, lange genug hier gesessen zu haben, um inzwischen auch beim Doktor gewesen sein zu können, ging sie nach Hause.

„Es steckt nicht an, es steckt sicher nicht an,“ rief Eva schluchzend. Sie lag vor der alten Dame auf den Knien und blickte nach deren Händen.

Frau Peterseim, hilflos und verstört, sah ihren Mann an: das arme Mädchen! Es war wirklich hart; und hart, Eva zu entlassen, mit der man so zufrieden gewesen war. Aber es ging doch eben nicht anders, jetzt konnte man diese Eva nicht länger behalten!

Die alten Leuten waren sehr aufgeregt. „Sie haben uns hintergangen.“ Sprach Herr Peterseim traurig und vorwurfsvoll. „Wie durften Sie sich bei uns vermieten, da Sie doch krank sind — so krank sind!“ Seine Stimme bebte, er war wirklich in Angst, er traute es sich gar nicht, seiner Frau alles klar zu machen, sie hatte ja von so etwas Schrecklichem, Gott sei Dank, noch so wenig Ahnung. „Da es nur noch ein paar Tage bis zum Ersten sind, können Sie solange noch bleiben. Wir wollen Sie nicht auf die Straße setzen.“

Herr Peterseim dankte in seinem Herzen Gott, daß es ihm, in wahrhaft prophetischer Ahnung, keine Ruhe mehr gelassen hatte wegen der Eva. Er hatte den Doktor kommen lassen, als Eva eines Morgens sich zu unwohl fühlte, um aufzustehen. Es war alles herausgekommen, so nach und nach. Nein, so ein Mädchen, so ein junges Ding noch! Der Arzt nahm es ruhiger: so etwas kam ja vor, aber Herrn Peterseim war Ähnliches noch nicht vorgekommen. Der alte Mann begriff den Arzt nicht, der eigenes Verschulden nicht gelten ließ: vielleicht eine unglückselige Erbschaft. Nun, dann war es doppelt schrecklich! „Würden Sie denn ein solches Wesen im Hause behalten, Herr Doktor?“ Der alte Herr taftete aufgeregt an sich herum, er fühlte schon förmlich, wie ihn etwas ansah.

„Das vielleicht nicht. Aber beruhigen Sie sich nur, mein lieber Herr Peterseim“ — mit einem ein klein wenig spöttischen Lächeln sah der junge Arzt den verängstigten Alten an — „Ihnen passiert nichts.“

„Ach, wie hat dieses Mädchen uns belogen!“ Das konnte besonders die alte Dame gar nicht begreifen. Mit dreifacher Stirn hatte Eva von ihrem Besuch bei dem Doktor berichtet, so geläufig und anschaulich davon erzählt, wie der sie untersucht hatte, daß man es förmlich mitleidete, auch in der Sprechstunde dabei gewesen zu sein glaubte. Sie wußte noch jedes Wort, das der Arzt gesagt hatte. Und er war so nett, so freundlich zu ihr gewesen und so gründlich, ein ausgezeichneter Arzt. Er hatte sie belopft, behorcht, ihr fehlte nichts, gar nichts, nur die Bleichsucht. Und daß sie jetzt so wenig gut hörte, das war nur ein vorübergehender Katarrh, der sich auf die Ohren gelegt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Aber da oben, auf den billigen Plätzen der riesigen Sporthalle, die Masse Mensch, dunkel, fast unsichtbar — aber um so hörbarer. Mit allen Fasern wird der Kampf miterlebt, mit der Brust werden die neuen Weisen geatmet. Die Fahrer werden mit „Emil“ und „Otto“ angefeuert oder das feine Publikum unten wird aus acht Berliner Munde „vermöbelt“. Diese umgekehrten „Oberen Zehntausend“ haben mit ihren teuer verdienten Groschen den für sie recht teuren billigen Platz gekauft und genießen das Schauspiel aus vollen Zügen. Wehe, wenn eine Entscheidung des Rennauschusses ihr Mißfallen erregt! Der Sturm braust auf und legt sich erst nach Stunden wieder, und zwar nicht eher, bis vor ihm kapituliert wurde: so in der Nacht zum Montag, als „Emil“ (Bemanow, Eggelingsfahrer) eine Runde gewonnen hatte, die ihm aber, vielleicht aus guten Gründen, wieder abgesprochen wurde.

Jeder, der den Raum betritt, hofft, Zeuge einer Sensation zu werden, vor allem einer Ueberrofung. Wenn die „Lagb“ losgeht, dann zittert der Riesenbau des Sportpalastes. Ein wahres Fieber erfasst dann die Masse Mensch. Keiner verläßt vorzeitig die Halle, wenn er nicht muß. Denn, wer weiß? Vielleicht geht es gerade in der nächsten Minute wieder los...

Wieviel Nadelstiche.

Der Herr Amtsanwalt macht ein schwer gelangweiltes Gesicht. Sigung beim Einzelrichter! — Was kann da schon sein... lauter dummes Zeug, man braucht sich in keiner Weise zu schaufrieren!

Der Kaufmann B. steht vor den Schranken der Anklagebank, neben sich seinen Rechtsanwalt. Er ist der Unterschlagung angeklagt. Er lebte in ganz guten Verhältnissen, hatte ein gutgehendes Lokal. Dann verkaufte er das Geschäft, und nun kam das Unglück, Schlag auf Schlag. Vielfältige Verluste und allerlei Krankheit in der Familie. In den guten Zeiten hatte er ein Kapital auf Ratenzahlung genommen. Jetzt verfuhr er, der Firma für den Rest der Kaufsumme Wechsel zu geben, um das Kapital sofort verkaufen zu können. Die Firma schrieb aber vorsichtigerweise sofort einen Brief, in dem sie sich das Eigentumsrecht bis zur Einlösung der Wechsel vorbehielt. Aber das Kapital war schon verkauft... Kein Pfändner kam an dem Teilbestand etwas ändern. Der Angeklagte war Geschäftsmann, wußte genau die Unzulässigkeit seines Vorgehens zu beurteilen und heute kommt auch ein Vorstrafenregister aus grauer Vorzeit gut, das beweist, daß ihm derartige Konstellationen mit dem Gesetz schon öfter passiert sind. Aber jetzt ist er seit langem ein ehrengeachteter Bürger, und lebt, scheint, in doch noch leidlich guten Verhältnissen. — Der Amtsanwalt erhebt sich zum Plädoyer. „Rein Zweifel... genau Bescheid gewußt... keine Rillage... Antrag: 200 Mark Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis.“ Der Einzelrichter geht doch noch etwas unter diesen Antrag herunter und verurteilt den Angeklagten zu 150 Mark Geldstrafe entl. 15 Tagen Gefängnis.

Martha S. ist Pelznäherin; seit ihrem 17. Lebensjahr. Sie ist auch der Unterschlagung angeklagt. Von den letzten ihr übergebenen Pelzmänteln hat sie drei verfehlt, ein anderer soll bei ihr spurlos verschwunden sein. „Ich hatte schon so viel Arbeitslohn zu fordern — über 300 Mark, denn der Herr Schildowich bezahlte mit immer nur einen Teil aus. Und nun behauptete die Firma, bei mir müßte noch ein Pelzmantel sein. Die Bieferzettel stimmen ja, auch die Empfangsbekundigungen. Aber meine Kuffine hat damals immer die Arbeit für mich abgeholt, vielleicht ist da ein Irrtum vorgekommen, vielleicht hat mich jemand absichtlich schädigen wollen... ich habe nicht mehr erhalten als ich abgeliefert habe. Und als ich zum Schiedsgericht gehen wollte, traf ich im Vorzimmer zwei Herren, die sagten, ich sollte doch nicht erst mit dem Gericht anfangen, das urteilt doch immer nur nach dem geschriebenen Wort. Ich sollte die letzten Mäntel fertig machen und einfach verkaufen, dann käme ich doch wenigstens zu meinem Geld.“ Der Herr Chef sagt aus: So viel habe die Arbeiterin keinesfalls zu bekommen gehabt. Und der Mantel... es stehe doch in den Büchern. Aber irren sei ja immer möglich. — Die pompöse Dame, seine Lageristin, ist freilich päpstlicher als der Papst. Ausgeschlossen, daß man sich in ihrem Geschäft irre. Und es stehe doch auch in den Büchern. Dann kommt die letzte Zeugin, die Kuffine. Ja, man habe ihr auch schon einmal vorher fünf Mäntel statt der aufgeschriebenen sechs eingeschlagen. Nur habe sie damals den Irrtum noch vor dem Verlassen des Geschäftsraumes bemerkt. Und die pompöse Lageristin muß den damaligen Irrtum zugeben. Der Herr Amtsanwalt plädert: Wegen des einen Mantels sei der Beweis nicht erbracht. Für die anderen Mäntel sei die Angeklagte aber zu bestrafen. Maßgebend sei hier noch dem Gesetz der angerichtete Schaden. Er beantrage 160 Mark Geldstrafe oder 16 Tage Gefängnis. — Martha S. steht wie erstarrt. „Haben Sie noch etwas zu sagen?“ — Schon will sich der Amtsgerichtsrat ins Beratungszimmer begeben, da sagt die Angeklagte weinend an ihre Stirn. Er kehrt um. „Was verdienen Sie denn?“ — „Seit bin ich krank geschrieben, seit fünf Wochen. Und ich habe meine Mutter und mein Kind zu ernähren...“ „Sorgt denn sonst niemand für das Kind?“ — „Ich bin abgelunden worden. Und das Geld wurde in Kriegenanteile angelegt.“ Martha S. wird zu 75 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Amtsrichter erzählt ihr nichts von den Möglichkeiten der Ratenzahlung; an andere Möglichkeiten scheint er nicht einmal gedacht zu haben. Herr Amtsanwalt, Herr Amtsgerichtsrat: hätten Sie wohl die Freundlichkeit, mal auszurechnen, wieviel Nadelstiche Martha S. für 75 Mark nähen muß? Und wieviel Nadelstiche muß der schaffende Mensch ertragen, während er sich mühsam durchs Leben ringt!

Keine „Königliche“ Polizei mehr.

In „Vorwärts“ wurde getügt, daß von Polizeibureaus Schreiben verlangt worden waren, auf deren Briefumschlag noch der alte aufgedruckte Fortschrittsbismarck aus der monarchistischen Zeit prangte. Jetzt ist angeordnet worden, daß sämtliche Dienststellenleiter sich sofort durch Nachprüfen davon zu überzeugen haben, daß auf allen noch vorhandenen alten Vorderblättern die monarchistischen Abzeichen durchgestrichen oder beseitigt sind. Die Beamten sind darauf hingewiesen worden, daß derartige Vorkommnisse in Zukunft vermieden werden müssen und daß aufs strengste auf Innehaltung der Präsidialverordnung geachtet werden muß.

Die Fleischer für freie Gefrierfleischzufuhr.

Der Interessentenverband der Bahnenfleischer hielt gestern in den Sommerferien seine Delegiertenversammlung ab, die eine Aufhebung des jetzt bestehenden Gefrierfleischkontingentes forderte und weiterhin die Forderung aufstellte, das in beliebigen Mengen einzuführende Gefrierfleisch mit einemmäßigen Zoll von 5 Pf. zu belegen. Mit der Aufhebung des Kontingentes kann man sich vollkommen einverstanden erklären, dagegen ist es sehr verwunderlich, daß die Fleischer, obwohl sie selbst zugeben, daß durch die Zölle eine sprunghafte Steigerung der Vieh- und Fleischpreise eingetreten ist, ein Zoll für das einzuführende Gefrierfleisch fordern. Begründlich ist dies nur dadurch, daß mit dieser Zollforderung die Fleischer unbekümmert um die Interessen der Allgemeinheit ihre eigenen Interessen vertreten. Auch der Stellungnahme gegen die Werkschlichtereien, deren Einrichtungen von dem Reichsernährungsminister der Industrie empfohlen wurde, um auf diese Weise eine Verbilligung des Fleisches herbeizuführen,

kann man zustimmen, wenn auch aus anderen Gründen wie die Bahnenfleischer. Uns erscheint dieser Weg zur Förderung der Preisabsenkung nicht der richtige. Wenn die Industrie das Betriebskapital hat, um an dem Fleische, das sie ihren Betriebsangehörigen gibt, Geld zuzusetzen, dann soll dieses Geld lieber für Lohnaufbesserungen verwendet werden. Damit ist den Arbeitern sicherlich mehr geboten. Doch eine Preisermäßigung sich scharf gegen alle Rechte der Preisbildungsbestimmungen wände, erscheint ja selbstverständlich. In der Diskussion kam u. a. zur Sprache, daß in allen den Fällen, in denen bei der Bäderaktion Mißstände festgestellt wurden, eine Niedererschlagung des ganzen Verfahrens stattgefunden habe. Erwähnen wollen wir, daß der Vorsitzende des Fleischer-Gesellenbundes, Herr Brednow, so wie es sich natürlich für den Vorsitzenden einer gelben Gewerkschaft gehört, der Preisermäßigung beipflichtete.

Kommunale Konferenz

Freitag, den 22. Januar, abends 7½ Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof links 3 Tr.

Es nehmen teil: Der Vorstand der Stadtverordnetenfraktion, die SPD-Mitglieder des Magistrats, die Vorsitzenden und Schriftführer der Bezirksfraktionen, die parteigenössischen Mitglieder der Bezirksämter, sowie die SPD-Vertreter der Bezirksversammlungen und der engere Bezirksvorstand.

Die Explosionskatastrophe in Moabit.

Eine Kindesleiche geborgen.

Die in den gestrigen Vormittagsstunden begangenen Aufräumungsarbeiten der Feuerwehreinheiten wurden in den Nachmittagsstunden fortgesetzt. Kurz vor 1½ Uhr aber stieß man auf ein Kinderbett, in dem die Leiche eines Kindes lag. Der Schädel des unglücklichen Kindes war von den Steinmassen zertrümmert worden, so daß der Tod wahrscheinlich auf der Stelle eingetreten war. Die genauen Untersuchungen ergaben, daß es sich um den verstorbenen 2½ Jahre alten Wolfgang Hoeder handelt, dessen unglückliche Mutter gleichfalls bei der Katastrophe ums Leben kam.

Behauersicherweise haben sich noch nicht alle Bewohner des Unglückshauses gemeldet, so daß eine klare Uebersicht noch immer fehlt. Auch gestern mußten die Feuerwehreinheiten bei Eintritt der Dunkelheit die Aufräumungsarbeiten wieder abbrechen. Man hofft heute, spätestens aber am Donnerstag die Schuttmassen hinweggeräumt zu haben. Ueber die Entstehungsurache haben sich heute wieder die weitestgehenden Gerüchte verbreitet, und es muß noch einmal betont werden, daß die Untersuchungskommission nicht eher an den Explosionsherd gelangen kann, als bis die Arbeiten restlos beendet sind.

Einen sehr interessanten Fund machten die Feuerwehreinheiten noch kurz vor 5 Uhr nachmittags. Beim Abtransport der Gesteinmassen erlitt ein sonderbarer bläherer Klang, und eine nähere Untersuchung ergab, daß an der betreffenden Stelle 6 Blechballons lagerten. Mit großer Vorsicht wurden die Ballons geborgen und auf ihren Inhalt geprüft. Zwei davon waren leer, aber vier waren nach bis oben mit je 25 Liter Benzol gefüllt. Die Ballons waren völlig unversehrt und nur an einigen Stellen eingeweicht. Dieser Fund ist sehr wichtig und macht jetzt auch den letzten Rest zu der Annahme einer Benzolexplosion zunichte. Bleibt also nur noch Gas, oder evtl. auch Feuerwerkskörperexplosion übrig. — Wie mir auf unsere Anfrage im Moabiter Krankenhaus erfahren, geht es allen Schwerverletzten leidlich und bei einigen sind schon bemerkenswerte Besserungsschritte zu verzeichnen. Sehr lobenswert ist die Opferfreudigkeit eines Teils der Berliner Bevölkerung, die auch gestern noch zahlreiche Kleidungsstücke zu der Berliner Feuerwehreinheiten gebracht, die an die von dem Unglück betroffenen Bewohner des Hauses Kirchstraße 9 zur Verteilung zu bringen.

Ein sozialdemokratischer Antrag.

In der Bezirksversammlung Tiergarten hat die sozialdemokratische Bezirksverordnetenfraktion, um den durch das Moabiter Explosionsunglück in Not geratenen Familien wirksame Hilfe zu sichern, folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Die Bezirksversammlung beschließt: Das Bezirksamt wird ersucht, den von dem Explosionsunglück Kirchstraße 9 betroffenen Familien jede mögliche Unterstützung zu gewähren und zwar besonders 1. durch die Beschaffung von geeigneten Wohnungen für die obdachlos gewordenen Bewohner des Hauses Kirchstraße 9, 2. durch finanzielle Unterstützung der Geschädigten, Ueberlassung von Möbeln, Wäscheutensilien usw. aus dem Nachschubdepot, 3. durch Beihilfe an die hinterbliebenen der durch den Unfall Getöteten.

Wegen des Explosionsunglückes in Moabit richtet in der Stadtverordnetenversammlung die sozialdemokratische Fraktion an den Magistrat folgende Anfrage: „Der Magistrat wird um Auskunft über die Ursachen des Explosionsunglückes in der Kirchstraße ersucht, sowie um Mitteilung der Maßnahmen, die er getroffen hat oder zu treffen gedenkt, um derartige Unglücksfälle in Zukunft von der Berliner Bevölkerung abzuwenden.“

Die Sorge um die erwerbslose Jugend.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat die sozialdemokratische Fraktion den folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: Für die erwerbslose Jugend führen die Bezirksjugendämter eine besondere Hilfsaktion durch. Diese Aktion hat ihr besonderes

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 20. Januar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm: 4-5 Uhr nachm.: Sonderspiele. Abteilung: Jugendbühne. Leitung: Alfred Braun. Spielzeit 1925/26. 8. Veranstaltung. „Kasperle als Fraiersmann“, Märchenstück von E. H. Straßburger und E. F. Malkowsky. 6-6½ Uhr abends: Kriminalkommissar Dr. jur. W. Kuhl. Die englische Verkehrsmittel in Stadt und Land. 7-7½ Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). 7-7½ Uhr abends: Abteilung Heilkunde. Professor Dr. Seligmann: „Von entzündlichen Krankheiten und ihrer Verhütung“. 7-7½ Uhr abends: (Hochschulkurse). Abteilung Betriebswirtschaftslehre. Dr. Friedr. Leinart: „Bilanzen und Bilanzkritik“. 8-8½ Uhr abends: Kammermusik von Haydn bis Schubert. VIII. Abend. Mählertrio: Rudolf Schmidt, Klavier; Hans Maack, Violine; Adolf Steiner, Cello. Beethoven-Abend I. Klaviertrio Es-Dur, op. 1, Nr. 1. Allegro — Adagio cantabile — Scherzo: Allegro assai — Finale: Presto. 2. Klaviertrio D-Dur, op. 70, Nr. 1 (Geistertrio). Allegro vivace con brio — Largo assai ed espressivo — Presto. 9-9½ Uhr abends: Der Traum eines böhmischen Menschen von Dostojewskij. Gesprochen von Alfred Boyar. Anschlußsende: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königsruherhaus, Mittwoch, den 20. Januar.

8-9 Uhr nachm.: Fräulein Maria Schmitz: Die Berücksichtigung der weiblichen Eigenart in den Mädchenschulen. 9-9½ Uhr nachm.: Cesar Maria Alfari und Fräulein G. van Eyseron: Spanisch für Anfänger. 9-9½ Uhr nachm.: Prof. Dr. F. Lampe: Allgemeine Wirtschaftsgeographie. 10-10½ Uhr nachm.: Fräulein Anna v. Gierke: Die Frau als Wirtschaftlerin.

Augenmerk auf die Gefahren zu lenken, die der Jugend aus Arbeitslosigkeit in Verbindung mit Wohnungsnot erwachsen. Für die arbeitslose Jugend im Alter von 14 bis 18 Jahren müssen in allen Bezirken Räume zur Verfügung gestellt werden, in denen Arbeit und Unterhaltung möglich ist. Die Räume müssen den ganzen Tag geöffnet sein. Den Besuchern muß eine Mittagsmahlzeit kostenlos verabfolgt werden. Arbeit und Unterhaltung müssen sich die geistige und wertvolle Förderung der Jugend zum Ziel setzen. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: Für diese Jugendhilfe wird zunächst ein Betrag von 50 000 Mark zur Verfügung gestellt, der auf die Bezirke, ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit entsprechend verteilt wird. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt ferner: Für besonders stark unterernährte Jugendliche wird eine Erholungs- und Pflegeanstalt in die Wege geleitet. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt weiter: Arbeitslosen jungen Leuten wird der Weiterbesuch der Wahlfortbildungsschule für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit kostenlos gewährt.

Joja Raffey.

Von der Anklage des Kreditbetrugs freigesprochen.

Ein etwas unheimliches Gastspiel führte die Film-Regisseurin und Schauspielerin Joja Raffey vor das Schöffengericht Berlin-Charlottenburg. Unter dem Vorbehalt von Landgerichtsdirektor Tölle wurde gegen sie wegen mehrerer Betrugsdelikte verhandelt, die in letzter Zeit sogar zu ihrer Verhaftung geführt hatten.

Joja Raffey's Name ist in der Filmwelt nicht ohne Klang, sie war die Gründerin der Joja-Raffey-Filmgesellschaft, die allerdings im Jahre 1924 zu bestehen aufhörte. Und damit begann für die Schauspielerin jener erste Film des Lebens, der ihr nun die traurige Rolle einer Angeklagten zuteilte. Das Edenhotel, ihre Zuflucht nach dem Zusammenbruch ihres Unternehmens, forderte die stattliche Summe von 18 000 Mark für Miete und Verpflegung und erstattete Anzeige, als nicht bezahlt wurde. Eine Bekannte, eine Krankenschwester und mehrere Privatpersonen schlossen sich an; sie fühlten sich nun alle betrogen, als der gestrenge Regisseur — das Schicksal — die Szene anders wollte als die Diva. Und als im letzten Akt der Staatsanwaltschaft ganz unvermittelt in die Erscheinung trat, da war es ganz aus mit den vornehmen Räumen eines ersten Großstadthotels, da kam die Tragik der kleinen, fahlen Jelle im Untersuchungsgefängnis, die der schmalen Anklagebank im Gerichtssaal. Aber die Heldin des Dramas gab sich als Märtyrerin jenes unberechenbaren Schicksals, das schon so manchem Menschen einen Strich durch seine Rechnung gemacht hatte. Sie habe niemals die Absicht gehabt, zu betrügen. Mehrere große Filme seien hergestellt und ins Ausland verkauft worden, so daß sie mit Recht auf größere Einnahmen gehofft hätte. Der Generaldirektor des geschädigten Hotels bestätigte als Zeuge, daß die Angeklagte wiederholt größere Konferenzen abgehalten habe und daß sehr viel Beute bei ihr ein- und ausgegangen wäre. Auch die Krankenschwester sei nicht auf Veranlassung der Schauspielerin engagiert, sondern ihr von einem bestunderten Herrn ins Hotel gebracht worden. Die vielleicht ein wenig optimistische Hoffnung auf Geld, der immer wieder betonte Wille, allen Zahlungspflichtigen nachkommen zu wollen, konnte denn auch wohl durch die weitere Beweisaufnahme nicht widerlegt werden. Nur für einen Moment wurde die Situation noch einmal für die Angeklagte ungünstig, und das war während des Antrags des Staatsanwalts. Auch er schaffte allerdings mehrere Fälle aus, hielt aber in drei weiteren den Betrag für erwiesen und verlangte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Doch wie so manchenmal war auch hier das Gericht anderer Meinung als der Staatsanwalt, es glaubte der Regisseurin und Schauspielerin Joja Raffey, was sie von der guten Absicht und dem festen Willen erzählt hatte, und — sprach sie frei! Der Haftbefehl wurde sofort aufgehoben und jezt war auch der Staatsanwalt — galant genug, nicht zu widersprechen, er verzichtete auf jede Berufung. Und so nahm alles doch noch ein gutes Ende!

Die Zuschüttung des Luisenstädtischen Kanals.

Der Plan, den Luisenstädtischen Kanal zuzuschütten, geht seiner Verwirklichung entgegen. Dem Magistrat wird die Stadtverordnetenversammlung jetzt in einer Dringlichkeitsvorlage ersucht, ihre grundsätzliche Zustimmung zu diesem Plan zu geben und sich mit dem geforderten Kaufpreis von einer Mark je Quadratmeter einverstanden zu erklären. Da der Kanal seine Bedeutung für die Schifffahrt gänzlich verloren hat, so ist das Wasser vertraut und im Sommer verbreitet es süße Dünste. Der Magistrat will das Gelände des zugeschütteten Kanals in eine Erholungsstätte für die Bevölkerung umwandeln, und auch der Reichsstadtsrat stellt für den Verkauf die Bedingung, daß zum Wohle der Bevölkerung das Gelände dauernd als Frei- und Grünfläche erhalten werden muß. Die Zuschüttungsarbeiten sind zugleich als Kostandsarbeiten gedacht, die zur Milderung der Arbeitslosigkeit beitragen sollen. Die Ausschüttung ist auch wichtig für den Weiterbau der sogenannten AEG-Bahn Gesundbrunnen-Neukölln, der gleichfalls Arbeitsgelegenheit schaffen wird.

Sonntag-Sonderzug nach dem Riesengebirge.

Am Sonnabend, den 23. Januar, verkehrt bei günstiger Witterung und ausreichender Besetzung ein Sonderzug 4. Klasse zu ermäßigten Fahrpreisen von Berlin (Stadt) nach dem Riesengebirge, mit dem Ziel Oberreihelberg-Krummhübel. Abfahrt Bahnhof Friedrichstraße ab 3.01 nachm., Ankunft Hirschberg 9.31, Oberreihelberg 10.57, Krummhübel 11.28 abends. Rückfahrt am Sonntag ab Krummhübel 3.10, Oberreihelberg 4.53 und Hirschberg 6.20 nachm., Ankunft Berlin (Schlef. Bahnhof) 11.53 nachts. Der Fahrpreis beträgt für die Hin- und Rückfahrt nach Hirschberg 12.60 Mk., nach Oberreihelberg 14.— Mk. und nach Krummhübel 15.— Mk. Für Uebernachtung und Mittagessen ist ermäßigter Preis ist vorgesehen. (Uebernachtung einschl. Frühstück 3 Mk., Mittagessen 1.50 bis 1.75 Mk.). — Der Fahrkartenverkauf beginnt am Mittwoch, den 20. Januar bei den Fahrkartenausgaben Bahnhof Friedrichstraße und Schlesischer Bahnhof, sowie bei den Ausgabestellen des RER (Mitteleuropäisches Reisebureau) Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße und Kaufhaus des Westens.

Wieder 20 Personen Opfer der Glätte. Im Laufe des gestrigen Vortags und Nachmittags stürzten auf den streifen Bürgersteigen wieder etwa 20 Personen, darunter 3 Kinder, die sich Kopfverletzungen, Anfallschübe, Verrenkungen oder ähnliche Kontusionen zuzogen. Sämtliche Verletzte konnten nach der ersten Behandlung auf den Berliner Rettungswagen in ihre Wohnungen entlassen werden. Nur eine Straßenpassantin, und zwar ein Fräulein Magdalene Kohl aus der Grottenhofener Straße kam in Charlottenburg in der Krummen Straße so unglücklich zu Fall, daß sie sich einen Oberschenkelbruch zuzog. Die Schwerverletzte fand im Krankenhaus Westend Aufnahme.

Die Reichsbahn als Erleher! Viele Reisende haben die Anwesenheit, bei Benutzung der Bahn sich auf Bahnhöfen oder auf Wäldern lang hinziehen oder ihre Füße auf den gepackten Wäldern des benachbarten Bahnhofs zu legen, unbekümmert darum, daß dadurch die Signalanlagen beeinträchtigt, und dadurch wieder die Abreise der Reisenden gefährdet werden. Die Zugführer sind nunmehr angewiesen, gegen diese Unsitte energisch vorzugehen, und sobald sie eine Veranlassung der Signalanlagen feststellen haben, von den Schuldigen eine Reinigungsgeldstrafe von fünf Mark einzufordern. Bei Weigerung der Abreise erfolgt Ausschluß von der Weiterfahrt und zwangweise Weiterführung der Reinigungsgeldstrafe.

Großhandel und Genossenschaften.

Der Kampf um die Kundenschaft hat im Zeichen der andauernden Wirtschaftskrisis schärfere Formen bekommen als je. Erklärlicher Weise. Denn der Verbraucher ist letztlich der einzige Arbeitgeber der Produktion und des Handels. Er steht über diesen beiden Formen des Wirtschaftslebens und wenn er mit organisiertem Bewußtsein seine Konsum- und Kaufkraft auf diejenigen Wirtschaftszweige konzentriert, die nach Qualität, Preis und sozialen Bedingungen seinen wirtschaftspolitischen Anschauungen und hauswirtschaftlichen Interessen entsprechen, dann haben die anderen ganz einfach das Nachsehen. Die stärksten Industrie- und Handelskartelle, soweit sie in Produktion und Handelsbetrieb auf die Hauswirtschaft eingestellt sind, zerbrechen an dem Willen des Verbrauchers, wenn er sich mit Millionen anderen auf ein bestimmtes Ziel konzentriert.

Darum ist es auch verständlich, wenn der Kampf gegen die Genossenschaften im allgemeinen und gegen die Konsumgenossenschaften im besonderen ein organisierter Kampf geworden ist. Diese Tatsache verleiht nicht nur dem Kampf an sich, sondern auch seinem Objekt die große Bedeutung, die ihm ohne weiteres innewohnt. Und der Zentralverband des deutschen Großhandels weiß sehr wohl, warum er seine organisierte Stoßkraft vor allem gegen die Konsumgenossenschaften richtet. Denn sie verkörpern die organisierte Wirtschaft und vertreten eine neue Wirtschaftsform, die der privatwirtschaftlichen direkt entgegensteht.

Die Kampfanlage des Großhandels.

So ist im letzten Viertel des verflochtenen Jahres bekannt geworden, daß der Zentralverband des Großhandels bei einer Tagung in Berlin dem Genossenschaftswesen offenen Kampf angelegt hat. Was nicht ohne Bedeutung ist, wenn man weiß, daß sein parlamentarischer Einfluß auf die bürgerlichen Parteien des Reichstags stark genug war, um die Doppelbesteuerung der Genossenschaften beim Warenumsatz aufzuheben zu erhalten.

Der für die Tagung veröffentlichte Geschäftsbericht dieser größten und einflussreichsten privatwirtschaftlichen Handelsorganisation geht bei seiner Kampfanlage davon aus, „daß die Genossenschaftsfrage für den Großhandel an Bedeutung und Ernst ständig zunimmt“. Infolgedessen wurde eine Genossenschaftskommission gebildet, die den Beschluß faßte, daß der Zentralverband des Großhandels „mit erhöhter Aktivität seine wirtschaftspolitische Tätigkeit auf dem Gebiete der Genossenschaftsbekämpfung fortsetze“ und daß er „insbesondere dann seinen ganzen Einfluß einsetze, wenn er durch Fachverbände ersucht wird, bei der Lösung des Genossenschaftsproblems durch Einwirkung auf die Industrie mitzuwirken“.

Die Kampfanlage in dieser Form ist äußerst interessant, denn sie enthält nicht nur die Interessengemeinschaft von Industrie und Großhandel und der für beide Wirtschaftszweige notwendigen Kartelle, sondern auch die Quellen der willkürlichen Preissteigerungen, von denen die Verbrauchermassen dann und wann überrollt werden. Und so wird es auch verständlich, wenn einer der Beschlüsse weiterhin fordert, „daß der Großhandel in dem ihm ver-

fassungsmäßig garantierten Recht, ohne Einwirkung von Staats wegen frei seinen Gewerbebetrieb betätigen zu können, in keiner Weise beschränkt wird“.

Diese ganze Stellungnahme paßt wunderbar zu der Politik des Preisabbaus und wer heute noch daran glaubt, daß Industrie und Großhandel sich dazu hergeben, auch nur ein iota von ihrem angestammten Profiteur abzulassen, zahlt einen Laster mehr für seinen Glauben, als er es ohnehin tun muß.

Wenn man so sieht, wie bitterernt es dem Großhandel und der Industrie ist, bei der „Lösung des Genossenschaftsproblems mitzuwirken“ und diese Lösung in einem „Kampf bis aufs Messer“ — will heißen: um den letzten Kunden! — sucht, so wird man annehmen müssen, daß vor allem die sozialistisch und gewerkschaftlich organisierten Verbrauchermassen daraus die Erkenntnis gewinnen, daß es sich um ihre Sache handelt.

Die Gefahr der Monopolpreise.

Die Konsumgenossenschaften und ein guter, treuer Stamm ihrer Mitglieder können Bedienung und Einkauf dieses Kampfes wohl. Denn gelang es, die Konsumgenossenschaften in nennenswertem Maße von der Warenverteilung auszuschalten und die guten Umsätze zur genossenschaftlichen Rohstoffproduktion zu zerstreuen, so würden Industrie- und Handelskartelle zusammen mit dem auch schon sehr gut organisierten, auf alle Fälle aber vom Großhandel abhängigen Kleinhandel eine Preisdiktatur einrichten können, daß den Verbrauchern Hören und Sehen verginge. Und es würde sich nicht zum zweiten Male ein deutscher Reichstagsler finden, der der Privatwirtschaft ins Stammbuch schreibt, „daß die Warenpreise bei den Konsumgenossenschaften um mindestens 5 Proz. niedriger seien, als beim Einzelhandel“. Denn es ist ganz sinngemäß und in völliger Übereinstimmung mit dem energiegelassen Prinzip der Genossenschaftsbekämpfung bis zur sogenannten „Lösung des Genossenschaftsproblems“, wenn der Großhandel „ohne Einwirkung von Staats wegen frei seinen Gewerbebetrieb betätigen“, d. h. unter Mitwirkung der Industrie die Profiteure von dem Verbraucher fordern will, die seinem Willen — nicht seinen Leistungen — angepaßt erscheint.

Daß ihm bei der Erreichung dieser Monopolstellung für die Preisbildung die Konsumgenossenschaften im Wege stehen, stellt diesen auf alle Fälle das Zeugnis aus, daß sie nicht nur um die bekannten 5 Proz. des Reichstagslers Luther billiger sind, sondern daß sie in noch größerem Ausmaß als Preisregulatoren wirken, als die große Öffentlichkeit nur ahnt.

Und darum nehmen die Konsumgenossenschaften den Kampf, der auch ein parlamentarischer — bei der Steuererhebung des Reiches und der Länder — sein wird, mit dem Vertrauen in die Verbrauchermassen auf, da sie wissen worum es geht. Wenn irgendwo, irgendwo und irgendwann die Verbrauchermassen verhindern wollen, daß sie nur ein Spielball in der Preisfrage von Industrie und Großhandel sein sollen, statt bestimmend durch ihre konzentrierte Konsum- und Kaufkraft bei der Preisbildung mitzuwirken, dann muß ihre Kampfpriorität nun erst recht lauten: hinein in die Konsumvereine!

Je mehr sich die Kräfte ihrem Höhepunkt nähern, desto häufiger und dringender tritt in der Öffentlichkeit die Forderung nach vermehrter Gewährung von Krediten mit ausreichender Laufzeit auf. Dies hat seinen Grund und seine Berechtigung darin, daß innerlich vollkommen gesunde und rentable Betriebe, die von sich aus dazu vorbestimmt wären, die Krise zu überleben, den hierfür notwendigen Kredit nicht erhalten können, während sie zusehen müssen, wie offenbar faule und lebensunfähige Betriebe, oft lediglich auf Grund des bereits bei ihnen erfolgten starken Engagements der Banken oder ihrer guten Verbindungen usw., die anderen zu unrecht vorerhaltenen Kredite erhalten. Schon dieser Umstand beweist, daß es sich hier nicht um eine Frage der Kreditverteilung im ganzen, sondern um eine solche der Kreditverteilung handelt. Die Gesamtmenge der der deutschen Wirtschaft zur Verfügung stehenden Kredite dürfte ausreichen, um den lebensnotwendigen Bedarf der innerlich gesunden Betriebe zu decken, wenn die Kreditverteilung unabhängig von allen Nebenrücksichten und allem Bürokratismus nach diesem Gesichtspunkte erfolgte. Es dürfte sich dann überall, wo es verantwortet werden kann, die nötige Kredithilfe bringen lassen, ohne daß es deshalb notwendig wäre, die Gesamtsumme des in der deutschen Wirtschaft umlaufenden Geldes zu vermehren und dadurch Inflation, Preissteigerung und eine neue ungeheure Verschleppung der Krise herbeizuführen, vor der nicht dringend genug gewarnt werden kann. Je schneller die Krise beendet wird, desto besser auch für die lebensfähigen Betriebe, die unter der Krise während ihrer Dauer auf das Schwerste mit zu leiden haben.

Es muß daher gefordert werden, daß jede solche Maßregel unterbleibt, die die unvermeidliche Dauer der Krise nur unnötig verlängern würde, daß aber die Verteilung des verfügbaren Kredits so stattfindet, daß jedes innerlich gesunde Unternehmen den zum Überdauern der Krise lebensnotwendigen Kredit auch wirklich erhält.

Ein deutsches Lichtbildsyndikat.

Kürzlich ging durch die Presse eine Meldung, monach ein deutsches Lichtbildsyndikat gegründet worden ist. Ueber die Organisation und die Aufgaben dieses Wirtschaftsverbandes, der nicht ein Syndikat im herkömmlichen Sinne des Wortes ist, erfahren wir aus den beteiligten Kreisen folgendes:

Das deutsche Lichtbildsyndikat existiert als rheinischer Verein mit dem Sitz in Düsseldorf schon seit zwei Jahren. In Berlin war im Frühjahr 1924 die Gesellschaft Vereinigte Kinobesitzer, die 25 Theater umfaßt, gegründet worden und in Leipzig hat die Mitteldeutsche Filmtheatergenossenschaft ihren Sitz. Der letzteren gehören über 200 Theater an. Zweck aller dieser Theatergesellschaften war es, die wirtschaftliche Unabhängigkeit der ihnen angehörenden Kinobesitzer zu wahren und besonders günstige Verträge mit den Filmverleihern zu erreichen. Wie wesentlich diese Aufgabe für Theater ist, erkennt man am besten daraus, daß in Deutschland etwa 500 Filme jährlich gebraucht werden. Die erwähnten Gesellschaften beteiligten sich während ihres Bestehens bisher fast nicht. Erst als die Ufa zur Verletzung ihrer Finanzschwächen die von uns mehrfach behandelten amerikanischen Verträge abschloß, hielten sie den Augenblick zum Handeln für gekommen. Die Lichtbildtheaterbesitzer sind der Ansicht, daß für die Amerikaner einzig und allein der überaus große Theaterbesitz der Ufa das Motiv für den Abschluß der Verträge war. Dieser Theaterbesitz gab ihnen eine sichere Grundlage für den Abschluß ihrer Filme. Andere deutsche Gesellschaften, die über einen auch nur annähernd so großen Theaterpark verfügen, gibt es nicht. So dachte man jetzt an die Möglichkeit, daß die an den Verträgen nicht beteiligten amerikanischen Gesellschaften sich durch Ankauf in den Besitz solcher Theater setzen würden. Die Verpflichtung, die für die Amerikaner darin liegt, daß für jeden nach Deutschland einzuführenden Film ein deutscher Film ins Ausland gehen muß, bedeutet praktisch nicht viel. Denn jeder amerikanische Filmfabrikant, der Wert darauf legt, seine Filme in Deutschland spielen zu lassen, sorgt für die Herstellung eines sogenannten Kontingentfilms, eines Films, der mit den geringsten Kosten hergestellt, niemals, wenigstens nicht in ausgedehntem Maße, im Auslande zur Vorführung gelangt.

Diesem befürchteten Ankauf deutscher Theater durch amerikanische Filmkonzerne und der dann drohenden Uberschmattung der deutschen Märkte mit amerikanischen Filmen, die, wie die Geschäftsergebnisse der Theater beweisen, im allgemeinen nicht den Geschmack des deutschen Publikums treffen, will sich das deutsche Lichtbildsyndikat mit allen Kräften entgegenstellen. Sein Wirkungsbereich, der sich bisher auf Rheinland-Westfalen beschränkte, soll auf ganz Deutschland ausgedehnt werden, der Sitz des Syndikats soll nach Berlin verlegt werden. Sobald die Mitteldeutsche Genossenschaft als auch der V.V.B. werden dem Syndikat als Mitglieder beitreten, ja der letztere dürfte sogar in ihm aufgehen. Das Syndikat, ein eingetragener Verein, verlangt von jedem ihm beitretenden Theater einen sofort einzuschickenden Beitrag von 3000 M. und außerdem noch Beiträge zu den Verwaltungskosten, die sich nach der Größe des Theaters bestimmen. Die Gesellschaften werden durch eine G. m. b. H. betrieben. Das Syndikat kann für die Filmproduzenten und Filmverleiher schon deswegen keine Konkurrenz sein, weil es so nach der Höhe der ihm zur Verfügung stehenden Mittel höchstens 20 Filme im Jahre produzieren bzw. aufkaufen und an seine Mitglieder weitergeben kann. Wohl aber mag ein geschicktes Wirken einen Druck auf die Verleiherpreise ausüben, und wenn niedrigere Verleihergehälter auch niedrigere Eintrittspreise ermöglichen, so wäre das nur zu begrüßen. Der Reichsverband deutscher Lichtspieltheaterbesitzer hat bisher keine Stellung zum Syndikat angenommen, was begründet ist, da ihm sowohl Konzerntheater wie freie Theater angehören. C-3.

Wirkungen der Diskontermäßigung. Das Reichsfinanzministerium hat mit Wirkung ab 16. Januar die Verzugszinsen von bisher 12 auf 10 Proz. bzw. von 8 auf 6 Proz. herabgesetzt. Die Ermäßigung hat vom 1. Januar 1926 ab rückwirkende Kraft. Oben haben die Rentenbank und die Rentenbankkreditanstalt beschlossen, mit Wirkung vom 12. Januar den Zinssatz um 1 Proz. zu senken. Der Zinssatz für den letzten Kreditnehmer soll grundsätzlich 10½ Proz. betragen. Auch die Bank von Danzig, deren Wirtschaftsgebiet eng mit Deutschland verknüpft ist, hat ab 19. Januar den Diskontsatz von 9 auf 8 Proz. und den Lombardsatz von 11 auf 10 Proz. ermäßigt. Bei den deutschen Privatbanken ist inzwischen einheitlich der Satz für langfristige Einlagen von 7 auf 6 Proz. und der Satz für kurzfristige Einlagen von 5 auf 4 Proz. herabgesetzt worden. Es bleibt also bei den Privatbanken bei der enormen Zinsspanne von 8,4 bzw. 6,4 Proz.

Ausschluß neuer Kalischächte trotz Stilllegung vorhandener Bergwerke. Die Kaligewerkschaften Baden und Württemberg, zwei badische Kaligruben, beabsichtigen den weiteren Ausbau der Betriebe. Beide Gruben sind vor nicht allzu langer Zeit fündig geworden. Ihnen wurde auch eine Quote in Berücksichtigung des Umfandes zugewilligt, daß sie für die Versorgung Süddeutschlands mit Kali von Bedeutung wären. Der Ausbau der Betriebe soll mit Auslandskrediten vorgenommen werden, und zwar will der badische Staat, der rund 335 Hektar der beiden Werke in seinem Besitz hat, einen Auslandskredit in Höhe von 10 Millionen Dollar aufnehmen. Die Zustimmung der Berliner Kontrollstelle ist bis jetzt aber noch nicht eingeholt worden. Der Rest der zum Ausbau erforderlichen Summe ist durch den Burbach-Konzern zur Verfügung zu stellen. Er soll aus der Anleihe des Kalisyndikats genommen werden, woran der Burbach-Konzern mit 8,79 Proz. beteiligt ist. — Es handelt sich bei dem geplanten Ausbau der badischen Kalischächte um die typische Verwertung von Produktionsmitteln in einer Industrie, die in ihrem jetzigen Umfang den Bedarf schon mehr als voll decken kann.

Kredittaktionen für die Landwirtschaft.

Kredite der Golddiskontbank und der Reichsgetreidestelle.

Kürzlich hat die Reichsbank den für die Landwirtschaft und den Kapitalmarkt bedeutsamen Vorschlag gemacht, als Mittel der Golddiskontbank der Landwirtschaft drei- bis fünfjährige Hypothekendarlehen zu gewähren. Die Rentenbankkreditanstalt hat nunmehr den Reichsbankvorschlag angenommen. Die Darlehen an die Landwirte sollen zu 7½ Proz. gegeben werden. Vom 100prozentigen Nominalbetrag sollen 98½ Proz. zur Auszahlung kommen. Die Rentenbankkreditanstalt schreibt sich demnach, da die Darlehen zu 100 Proz. getilgt werden müssen, 1½ Proz. einmalige Vermittlungsprovision gut, abgesehen von dem halben Prozent, das ihr als Zwischengewinn aus den zu 7 Proz. von der Golddiskontbank empfangenen Beträgen zusteht. Der Zinsaufschlag und der Kursabzug sollen offenbar zur Deckung der Verwaltungskosten für die Vermittlung der Darlehen dienen. Der Kursabzug scheint uns in keiner Weise gerechtfertigt zu sein. Wenn der allgemeine Diskontsatz (8 Proz.) auch höher liegt, als die geforderte Verzinsung (7½ Proz.), was bei der Ausgabe von Pfandbriefen einen Abschlag rechtfertigen würde, so ist der Abschlag hier absolut ungerechtfertigt, da die Ausgabe von Schatzscheinen durch die Golddiskontbank vorläufig ja nicht in Frage kommt. Die Devisenkurse hat daher ein Interesse daran, für die offenbar wenigstens vorläufig überflüssige Verteuerung der Golddiskontbankkredite Aufklärung zu verlangen.

Gleichzeitig wird bekannt, daß dem Reichsrat ein Gesetzentwurf über die Kreditgewährung der früheren Reichsgetreidestelle zugegangen ist. Dabei handelt es sich um einen Gesamtbetrag von 90 Millionen Mark. 65 Millionen sollen zur Fundierung kurzfristiger Wechselkredite in der Form von 15jährigen Darlehen dienen. Davon sollen 35 Millionen der Bodenverbesserung, 15 Millionen der landwirtschaftlichen Siedlung und 15 Millionen zur sonstigen Förderung der landwirtschaftlichen Produktion dienen. Die Meldung ist nicht sehr klar; denn die Beträge gehen mehr oder weniger in einen großen Topf und ihr Verwendungszweck ist durch die Rückzahlung kurzfristiger Schulden bereits bestimmt. Bemerkenswert ist, daß die 65 Millionen zur Entlastung der Preußenkasse dienen sollen, die auf die Rückzahlung erheblicher Wechselkredite am 28. Februar wartet und ohne neue Kredite an die Wechselschuldner auf die Rückzahlung nicht hoffen darf. An neuen Krediten, die der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden, kommen nach der Abwicklung der Reichsgetreidestelle 25 Millionen in Frage.

Ob die ganze Kredittaktion den für die Landwirtschaft wünschenswerten Nutzen bringt, das wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, die Kredite an die Stelle ihrer wirtschaftlichsten Verwendung zu leiten. Vor allem wirft sich die Frage auf, ob der notleidende Stand der Mittel- und Kleinbauern den seiner wirtschaftlichen Bedeutung entsprechenden Anteil an den langfristigen Hypothekendarlehen erhalten werden.

Die Sparkassen wehren sich.

In der soeben erschienenen Nummer der „Deutschen Sparkassen-Zeitung“ wird die Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zur deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik einer scharfen Kritik unterzogen. Insbesondere werden verschiedene Bemerkungen der Denkschrift über die Sparkassen- und Girozentralen als unrichtig oder stark übertrieben bezeichnet. Wichtig sei vor allem das Schlagwort von der Ueberlegung im öffentlichen Bantwesen. Es gibt heute in Deutschland nicht, wie die Denkschrift behauptet, 3300 oder gar 8500 öffentliche Banken, sondern nur 100, und zwar 8 Reichs- und Staatsbanken, eine Anzahl Landesbanken, 12 Girozentralen und 60 Kommunalbanken. Die rund 8000 Sparkassenstellen sind keine Banken, denn unter ihnen befinden sich 5000 Nebenstellen, die größtenteils ehrenamtlich verwaltet werden und keinerlei Bankgeschäfte machen. Den verbleibenden rund 3000 Sparkassen fehlt ebenfalls die für das

Privatebankgeschäft charakteristische Bewegungsfreiheit. Wichtig sei doch, daß die Sparkassen ihre Guthaben auswerten müssen, während die Banken von dieser Verpflichtung befreit sind. Unrichtig sei auch die Behauptung der Girozentralen und Giroverbände, daß sich bereits vor dem Kriege vollzogen. Unrichtig ist auch die Behauptung, daß zurzeit bis 67 Proz. der Spareinlagen im Personalkreditgeschäft vermandet werden. Nach einer Statistik aus dem Jahre 1925 ergibt sich gerade das Gegenteil (es sind nämlich 67 Proz. der Sparkassendarlehen durch Grundpfandsicherheiten gesichert). Eine Uebertriebung liegt in der Behauptung, daß die Sparkassen erteiltes hohe Einlagezinsen gewähren, ohne zu bedenken, daß dadurch auch höhere Sollzinsen erforderlich werden. Die Sparkassen begnügen sich mit einer erheblich niedrigeren Zinsspanne als die Banken und gewähren den Einlegern höhere Sätze als wirksamen Anreiz für die notwendige Kapitalneubildung. Dem Hinweis der Denkschrift auf die Verluste einiger Sparkassen wird mit der Frage begegnet: „An wen verloren sie denn die Gelder? Man geht wohl nicht in der Annahme fehl, daß die insolventen Schuldner den gleichen Wirtschaftskreisen angehören, deren Interessen der Reichsverband vertritt.“ Auch die Behauptung, die Girozentralen hätten als Folge ihrer Kreditmühsamkeit den Geldmarkt beansprucht und dadurch die Kreditkosten gesteigert, wird widerlegt mit dem Nachweis, daß die Girozentralen überwiegend als Geldgeber aufgetreten sind.

Zum Schluß wird noch darauf hingewiesen, daß die Sparkassen allen Wirtschaftskreisen, besonders aber auch der Landwirtschaft, in den letzten beiden Jahren sehr erhebliche Kreditbeträge zugeführt haben.

Die Notwendigkeit besserer Kreditverteilung.

Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten, der Spitzenverband der deutschen Maschinenindustrie, berichtet über die Wirtschaftslage im Dezember folgendermaßen:

Der letzte Monat war für die deutsche Maschinenindustrie auch der schlechteste des Jahres 1925. Beim Jahresrückblick waren kaum noch 20 Proz. der Maschinenbaubetriebe genügend beschäftigt. Die Arbeitszeit, die in den ersten 8 Monaten des Jahres durchschnittlich 52½ Stunden in der Woche betragen hatte, sank in den letzten Monaten um je 2 bis 3 Stunden bis auf etwa 44 Stunden pro Woche im Dezember. Wenigstens ein Viertel der Betriebe arbeitete jedoch im Dezember nur 24 bis 40 Stunden in der Woche. Eine Reihe von Betrieben ließen außerdem ganz Teile ihrer Belegschaften abwechselnd für eine oder mehrere Wochen aussetzen oder legten das ganze Werk im Anschluß an die Feiertage für einige Zeit still. Auch gänzliche Stilllegungen von Maschinenfabriken wurden in letzter Zeit immer häufiger, ebenso nachteilige Konjunktur- und Geschäftsaussichten zu.

Unter 508 industriellen Konkursanmeldungen im November entfielen 76, also 15 Proz., unter 349 Anmeldungen in der ersten Dezemberhälfte 46, also 13 Proz. auf den Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau, bei einem Anteil dieser Industrien von 20 Proz. der gewerblichen Arbeitnehmer Deutschlands.

Der Rückgang des Auftragsbestandes wurde im Dezember, im ganzen gesehen, fast vollständig von den sich fortwährend vermindern den Inlandsaufträgen verursacht. Die Werke wurden dadurch zu um so stärkeren Bemühungen um Auslandsaufträge gezwungen. Sie hoben wenigstens den Erfolg, daß im letzten Monat des Jahres keine weitere Verschlechterung des Auslandsbestandes zu verzeichnen war. Es ist jedoch immer wieder die Beobachtung zu machen, daß die ausländische, besonders die englische und amerikanische Maschinenindustrie, da, wo ihr der deutsche Wettbewerb gefährlich wird, mit für den Käufer vorteilhafteren Zahlungsbedingungen das Geschäft an sich zu reißen versucht, während das Fehlen einer entsprechenden Unterstützung durch die staatlichen und privaten Kreditinstitute der deutschen Industrie einen Wettbewerb mit solchen Bedingungen nicht gestattet.

Im Inlandgeschäft hindert die Kapitalknappheit in zunehmendem Maße die Abnehmerkreise an Kaufaufträgen. Das macht sich nicht nur in der Zurückstellung größerer Pläne bemerklich, sondern auch bei der Anschaffung kleinerer Maschinen, z. B. im Nahrungsmittelgewerbe.

Bootsmann Uhl.

Von Hans Blind-Dibemaren.

Bootsmann Uhl hatte sich mitten in des Segelmachers Leinwandberg ein Lager errichtet, lehnte sich halb gegen eine offene Luke und erzählte eintönig vor sich hin. Die Barke lag im Passat, da war wenig zu tun an Bord, und die beiden Jungen, die zum ersten Male die große Reise machten, hatten sich dicht hinter ihm eingenistet und horchten.

Bootsmann Uhl erzählte von Kap Horn. Er erzählte eigentlich dem alten Segelmacher, aber der konnte die meisten Geschichten, drumme mitunter vor sich hin und hörte kaum zu. Nur die Jungen lauschten und horchten den unerhörten Ereignissen, die ihm, Bootsman Uhl, begegnet waren und es waren unheimliche Bilder und Gefahren, die ihre Gedanken gefangen nahmen. Aus allem aber ging als letzter Bootsman Uhl hervor, als einziger, dem Sturm und Wetter von Kap Horn nichts anhaben konnten, der einzige, um den sich der Rest der Leute scharte, wenn der Tod kommen wollte.

Die Jungen horchten auf den wunderlichen Alten, lebten mit ihm auf den einsamen Klippen von Feuerland, wohin ihn der Sturm verschlagen hatte, und fühlten die seltsame Bestimmtheit, mit der Jan Uhl alles überstand, wie eine Sicherheit, die von ihm ausging, fühlten sich geborgen in seiner Nähe und nahmen sich vor, eher zu ihm zu halten als zum Steuermann, wenn Kap Horn kam.

Die junge Frau des Kapitäns ging vorbei, nickte dem Bootsman zu und lief zur Kajüte. Sie war schon oft an der Küste entlang oder von Hamburg nach England gefahren, aber es war ihre erste große Reise nach dem Süden, und sie war mitunter befangen, wenn sie an die Zeit dachte, die ihr bevorstand. Sie hielt zum gut mit dem Bootsman, der immer ein so unerschütterliches Vertrauen hatte, und wenn ihr Mann kurz über eine Frage hinwegging und sich nicht stören lassen wollte, dann tat ihr des Alten behagliche Breite wohl. Etwas Neugier kam hinzu. Ein Gerücht ging über Jan Uhl, von dem niemand recht wußte, woher es gekommen und wer es ausgebracht hatte.

Es war eine der Mären, die unter den Seeleuten umlaufen: von dem Zauberwort, das seinen Träger nicht sterben läßt, bis er müde wird und es selbst weiter gibt; von dem wunderbaren Geheimnis, das aus heidnischen Zeiten stammt, oder aus Arabien; ein Spruch, mit dem man drei- bis vierhundert Jahre unter den Menschen wandeln kann, ohne sich zu verraten.

Ein solches Wort sollte Jan Uhl wissen. Wenn er auch selbst nie davon sprach, so wußte man doch aus hundert Gebärden und entschlipften Worten, wie er darüber dachte, einige raunten sich zu, er habe schon unter Karpfänger gefahren und werde in alle Ewigkeit fahren, wenn er nicht vorher müde würde und das Zauberwort weitergäbe.

Die junge Kapitänsfrau kam wieder aus der Kajüte und lief lustig bei ihnen vorbei.

„Die weiß auch noch nicht, was kommt,“ sagte der Segelmacher plötzlich, raffte einen Ballen Leinwand heran und legte einen neuen Faden in der Markspindel. „Wenn wir nach unten kommen...“

„Mir will nicht aus dem Kopf, daß wir Freitag gefahren sind,“ fuhr Jan Uhl fort, „das schöne Schiff könnt einem leid tun!“ Und die junge Frau, dachten sie beide, aber sie sagten es nicht. Jan Uhl sah den Segelmacher eine Weile nachdenklich an und zwackte die Achseln. „Mir kann's gleich bleiben!“

Er sagte das in einem so überzeugten Ton, daß den beiden Jungen ein Grausen über den Rücken lief und sie sich heimlich anstießen und groß anjahen.

„Ich war mal mit'm Auswanderer nach Australien,“ begann Jan Uhl wieder, „ich erzählt ja schon davon. Der ging vor Malakka verloren, und da hab ich mich auch allein mit so 'ner jungen Deern auf 'ne Klippe gerettet, vierzehn Tage lang, bis die Eingeborenen da längs kamen. Die sah beinah so aus wie Reppen's Frau.“

„Das sag dem Alten nicht, der kennt dir schön in die Quere kommen mit der einsamen Insel,“ brummte der Segelmacher.

Die Jungen hinter der Luke lingen an zu sichern, ein paar Leute lachten. Jan Uhl konnte das nicht vertragen, stand ärgerlich auf, schüttelte seine Pfeife über die weiße Leinwandballen und ging nach dem Achterdeck. Da stand wieder Kapitän Bredwold's Frau am Kartenhaus und sie, die so selten mit einem der Seeleute sprach, lachte dem alten Bootsman glücklich entgegen und freute sich, daß er zu ihr kam.

Jan Uhl lehnte sich gegen den Besan und sie wußte nicht recht, wovon sie anfangen sollte. Der Alte stopfte sich umständlich die Pfeife, schielte väterlich vertraut zu ihr hinüber und nickte unsicher.

„Wie lang ist's noch nach Kap Horn, Bootsman?“

„Nicht Daag, jung Frau!“

„Wird wohl schlecht Wetter geben?“

„Ist immer schlecht Wetter bei Kap Horn!“

„Hast du da schon Havarie gehabt, Bootsman?“

Der sann einen Augenblick nach.

„So fünf- bis sechsmal, jung Frau!“

„Große Havarie?“

„'n R' Renget!“

„Wie kommt es, daß du immer davon gekommen bist?“

Sie erschraf über ihre fürwichtige Frage, wußte, daß der Alte böse würde und hatte sie doch nicht unterdrücken können.

Jan Uhl sah eine Weile verkommen vor sich hin.

„Ja, ich bin immer davon gekommen!“ wiederholte er.

Die junge Frau wartete eine Weile und hoffte, daß er mehr erzählen würde. Dann brach ihre Neugier vor den kommenden schwereren Tagen durch.

„Wie kommt es, daß du immer davon gekommen bist?“

„Weißt ja selbst, was die Leute sagen!“

Da mußte sie noch einmal fragen, ob sie wollte oder nicht.

„Ist das wahr, Bootsman?“

Der wandte sich jäh zu ihr und blickte sie aus den fliegenden buschigen Brauen hart an:

„Was fragst mich?“

Aber in der jungen Frau stieg ein Gefühl des Geborgenseins auf. Sie empfand, daß sie die einzige war, die den Bootsman danach aushorchen durfte, und ihr war, als erkaupte sie sich ihre Ruhe durch die paar harten Worte des Alten.

„Ich hab' mitunter Angst vor Kap Horn!“

„Sah man sein, mein Deern, ich werd' schon aufpassen!“

Er sagte es so bestimmt und schaute sie dabei so warm und treuerzig an, daß die scheue, junge Frau fühlte, wie ihr das Blut zu Kopf stieg. Der Alte sah es, aber er verstand es nicht.

„Brauchst dich nicht zu schämen, Lütt Deern, sind schon andere lange gewesen vor Kap Horn!“

„Läßt uns nicht allein, Bootsman?“

„Hab' schon andern geholt.“

Münchener Maitage 1919.



Major Schulz: „Es war eine peinliche Sache.“

Major Lühow: „Es war noch nicht genug!“

„Ich meine mich und den Keppen!“ fügte sie rasch hinzu. Sie fühlte, daß sie unrecht tat, ihren Mann hinzuzuziehen, dem Bootsman gegenüber. Und doch zwang sie die weibliche Freude an dem unerschütterlichen Glauben des Alten. Es war wie ein Segen, der von ihm ausging, ein Zauber, der alle gefeit haben konnte gegen ein lauerndes Unglück.

„Ich mein mich und den Keppen!“ sagte sie noch einmal drängend.

Da fuhr der andere böse auf. „Und ich frag', warum ist er am Freitag gefahren, war das nötig?“ Er sah sich scheu um, als könnte jemand seine Worte hören, der es nicht durfte, dann sah er die Frau wieder gutmütig an.

„Hast ja keine Schuld, kleine Deern, will schon für dich sorgen!“

Das junge Weib nahm sich ein Herz.

„Erzähl' doch mal davon, Bootsman, ich möchts gern hören!“

Jan Uhl blickte sie eine Weile prüfend an und sah über die Bette. Ganz fern lag ein Segler auf der Kimmung, wie ein paar dunkle Striche. Der Himmel war in einen leichten Dunst gehüllt, er schien über und über sonnengelb und trug doch einen Widerschein der tiefen unergründlichen Farben des Meeres.

„Ist nicht viel dabei zu erzählen, Lütt Deern“, sagte der Alte plötzlich. „Als ich noch ein Jungkerl war, hatten wir'n alten Burschen an Bord, der hatt' das Wort und war müde vom Leben geworden. Und der hatt' mich wohl gerne. Eines Tages kam er zu mir, sag' mir Bescheid, wies damit wäre und sag' mir das Wort, damit er zur Ruhe käme, denn er hatt' wohl'n eisgraue Zeit auf dem Rücken. Am nächsten Tag kam dann auch ein Sturm vor Cornwall, und er ist über Bord gegangen.“

Die junge Frau schüttelte sich. „Wie du alles so ruhig erzählst, Bootsman, man kann rein ängstlich werden davon.“

Der Alte nickte ihr auf einmal glücklich zu.

„Sei du man nicht bange, Deern!“

(Schluß folgt.)

Eisenbahn gegen Auto?

In den Vereinigten Staaten sehen kühne Phantasten und angeblich sogar etliche pessimistische Eisenbahnbesitzer den Kampf zwischen Auto und Eisenbahn bereits endgültig zugunsten des Autos entschieden. Das kommt daher, weil die Amerikaner mit einer wahren wirtschaftlichen Tollkühnheit jeder Neuerung Raum zur Entwicklung geben, die Chancen hat, reichliche Profite abzuwerfen.

So ist der technisch-wirtschaftliche Kreislauf der Automobilbewegung dort bereits musterhaft durchorganisiert. Gewiß haben dort die besonderen Verhältnisse eine solche grundstürzende Umstellung erleichtert. Das Gebiet der Vereinigten Staaten ist 18mal so groß wie Deutschland und hat nur knapp doppelt so viel Einwohner, die also mit ihren rund 20 Millionen Autos noch Raum haben, sich zu bewegen. Befähigt in Deutschland, wie in den Vereinigten Staaten jeder fünfte Einwohner ein Auto, so stände, gesetzt, daß man sich alle Autos unterwegs und gleichmäßig verteilt dachte, alle 11 Meter ein Auto auf den Straßen und Chaussees, während auf den 5 Millionen Kilometern Straßen in den Vereinigten Staaten jedes Auto im gleichen Falle 250 Meter Spielraum hätte.

Zudem hat man es in Amerika verstanden — wie schon angedeutet — den Kreislauf der „Automobilkultur“ vollendet auszubauen. Die amerikanische Autobetriebsstoffsteuer wird in vollem Umfang zum Straßenbau verwandt. Da nun der Betriebsstoffverbrauch fast mathematisch genau der tatsächlichen Straßen- und -abnutzung durch die Autos entspricht, ist die Möglichkeit gewährleistet, mit ihrer Hilfe den Zustand der Automobilstraßen dauernd auf der Höhe zu erhalten und auch die Amortisation des Ursprungsaufwandes und der Kosten für Reparaturen zu sichern.

Am weitesten im Hintertreffen steht von den großen Ländern Europas hinsichtlich der Regelung der Verkehrsmöglichkeiten, die das Auto bietet, Deutschland, das Vord der gründlichsten Automobilwissenschaft und der geschuldesten Rotorenbauer. — Mitte 1925 kam in Deutschland erst auf 244 Einwohner ein Auto, in der Schweiz auf

130, in Frankreich auf 71, in Schweden auf 95, in England auf 60. — Ueber die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit des enormen Zollschuges, mit Hilfe dessen in Deutschland die Unwirtschaftlichkeit der Erzeugungsmethoden geschützt wird, ist kaum noch ein Wort zu verlieren. Mit Nachdruck aber muß darauf hingewiesen werden, wie verkehrt die Politik ist, mit der in Deutschland mit einer in Europa (außer vielleicht in der Schweiz, wo die Eisenbahnen beziehungsweise auch Staatsbahnen sind) beispiellosen Hartnäckigkeit die Eisenbahn, ehemals das liebste, weil meistverdienende Kind des Staates, den Schutz der Befehdung gegen die Konkurrenz des Autos, insbesondere der regelmäßigen Automobillinien anweist.

In den Vereinigten Staaten, Frankreich, England, Italien hat man längst erkannt, daß die einzige Lösung und zugleich eine höchst fruchtbare Lösung des Konkurrenzkampfes zwischen Auto und Eisenbahn darin liegt, ein möglichst enges Zusammenarbeiten herbeizuführen und zwar sowohl für den Personen- wie für den Güterverkehr. In den genannten Staaten hat man auf solche Weise nicht nur jeglichen wesentlichen Verkehrsverlust, sondern eine ganz erhebliche Belebung und Dekonominierung des Verkehrs auf beiden Seiten erzielt. Die regelmäßigen Automobillinien dienen auf Straßen, auf denen sich selbständige Eisenbahnverbindungen nicht rentieren würden, als Fracht- und Personenzubringer und haben so zuzuschußbedürftige Nebenstraßen der Eisenbahnen bereits in rentable Autolinien sich verwandeln lassen.

Es ist hoch an der Zeit, aus dem Kampf Eisenbahn gegen Auto eine Gemeinschaft werden zu lassen. Der Einwand, daß nun einmal in Deutschland die Dinge so lägen, daß effektiv das Auto ein Besitz der oberen Zehntausend bleiben werde, wird hinfällig, wenn man bedenkt, in wie außerordentlichem Maße die Ausgestaltung der Autoomnibuslinien über ihren gegenwärtigen Zustand hinaus zur Lösung des drückenden Wohn- und Siedlungsproblems der Industriebevölkerung beitragen könnte.

Der Schuß ins All.

Herr Hermann Ganswindt schreibt uns: In dem Aufflag Ihrer geschätzten Zeitung „Der Schuß ins All“ vom 11. vor. Wts. wird gesagt, daß „ein großer weitverbreiteter Gedanke immer gleichzeitig in vielen Gehirnen aufsteigt“. Das ist so generell nicht in allen Fällen richtig. Speziell meine bekannten, meist schon in den siebziger Jahren gemachten Erfindungen habe ich förmlich allein konzipiert und erst in zahlreichen Vorträgen in vielen Städten Deutschlands erläutert und schließlich in den Werken „Die Ventbarkeit des Luftschiffes“ (1884) und „Das jüngste Gericht“ (1898) behandelt. Erst viel später haben, nachdem ich unter Aufopferung meines Vermögens den größten Teil meiner Erfindungen, darunter das Flugzeug im Vorversuch 1888/89 und (fliegend) 1901, auch als erster und einziger mit Erfolg in die Praxis übertragen hatte, andere, diese Ideen aufgenommen, und nach dem Verfall meiner Patente haben kapitalträchtigere Leute sie verwertet. — So soll es jetzt auch mit meiner, in dem genannten Aufflag besonders behandelten „Riesenrakete“ — von mir „Weltenschnitzwerkzeug“ genannt — von dem amerikanischen Professor Goddard und dem rumänischen Professor Oberth gemacht werden, welche Erfindung ich auch schon in den siebziger Jahren, also noch vor Jules Vernes physikalischen Scherzen gemacht habe. Professor Oberth hat mir aber auf Grund meines Nachweises meiner Priorität in einem Briefe vom 10. Mai 1925 zugestanden, daß er schon als Kind selbst in seiner fernan Heimat von dieser meiner Idee gehört habe und fährt dann fort: „Sie können also die Ehre für sich in Anspruch nehmen, als Erster im Ernst den Bau eines Raumschiffes versucht zu haben.“ Abbildungen desselben habe ich schon seit 1896 wiederholt sogar an den Blattsäulen veröffentlicht, wie ältere Berliner sich wohl noch erinnern dürften, und ich habe dabei nicht den Fehler wie Goddard und Oberth gemacht, das Raumschiff im luftleeren Weltraum, wo es kein Führungsmedium wie in Luft und Wasser gibt, durch die Explosionen schießen zu wollen, statt es zu ziehen! Auch habe ich bei meinem Fahrzeug das Problem gelöst, das unerträgliche Aufhören der Erdschwerkraft während der Fahrt, beim zeitweisen Abstoppen der Antriebskraft, durch Rotation des Fahrzeuges selbst und die dadurch erzielte Zentrifugalkraft gleich der Erdschwerkraft zu beseitigen.

